

Sozialdemokr. Prog. Volksdienst 57544.
 Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei Ofteren Einschaltungen Preisnachsch.



Demokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
 Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
 monatlich . . . Kz 16.—
 vierteljährlich . . . 48.—
 halbjährig . . . 96.—
 ganzjährig . . . 192.—
 Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.
 Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Freitag, 8. September 1922.

Nr. 211.

Ein schändlicher Plan.

Jeder Tag widerhallt von Nachrichten, daß Fabrik um Fabrik ihre Tore schließt, daß ein Arbeiterbataillon nach dem andern beginnen muß zu feiern, daß ein Winter des Friedens und Darbens, der Verzweiflung und grauen Hoffnungslosigkeit der Massen harret. Die Herdstammen in ungezählten Arbeiterheimen werden erlöschen, weil sich dem Ernährer kein Bläschen aufstaut, an der Maschine zu schaffen, Glas- und Hochöfen werden ausgeblasen, weil die Produkte dieses Staates mit den Erzeugnissen des Auslandes nicht mehr, diese unterbietend, konkurrieren können. Die große Frage, die an die Regierenden täglich ungehört herantritt, ist, wie der Gefahr des Stillstandes der Fabriken, der Lahmlegung der Produktion, des Verhungerns und Erfrierens der Massen zu steuern ist, als Antwort aber wissen die verantwortlichen Männer nichts vorzubringen als stammelnde Worte der Ausrede und Pläne des niederträchtigsten Verrates.

Das Emporschnellen des Kronenkurses an den fremden Börsen, das die Industriekatastrophe ausgelöst hat, rechtfertigen sie soeben vor dem Völkerrunde in Genf mit der allgemeinen Flucht vor der Mark, mit dem Weltvertrauen zu der „politisch und wirtschaftlich konsolidierten“ Tschechoslowakei und dem angeblichen Weifall der Industrie für die offizielle Valutapolitik, und als Heilmittel gegen die drohende Krise nennen sie einen Abbau aller, besonders der Lebensmittelpreise. In demselben Augenblicke aber, da Herr Veres seinem Genfer Beauftragten Dr. Popitschil vorschrieb, dem verammelten Völkerrund solch potenzierte Dörfer vorzuführen, in demselben Augenblicke haben sich, wie wir eben erfahren, die Väter der künftigen Regierung in der Bätka auf die Einführung von Getreidezöllen geeinigt!

Die unsägliche Trivialität, gerade jetzt, wo jeder einzelne dem Nichts gegenübersteht, wo die Einheitsfront der Unternehmer den von Arbeitslosigkeit umlauerten Arbeitern Lohnabzüge aufzwingen will, das notwendigste Lebensmittel zu verteuern, steht selbst in der Geschichte der kapitalistischen Staaten ohne Vorbild da, noch nie sind die elementarsten Interessen der Massen derart an die unerfütterliche Profitgier der Agrarier verschachert und verraten worden!

Es ist uns aus sicherster Quelle bekannt, daß in der Bätka für das Kilogramm Getreide ein Zoll von 75 und für das Kilogramm Mehl ein Zoll von 150 Hellern verabredet worden ist, einvernehmlich verabredet von Agrarien, Merkanten, Nationaldemokraten, Nationalsozialisten und tschechischen Sozialdemokraten! Dadurch wird der Preis aller Mehlprodukte ungefähr um die Hälfte erhöht werden, denn gegenwärtig kostet an der Getreidebörse das Kilogramm in- und ausländischen Weizens rund 1.50 Kz, Korn ungefähr 1.10 Kz, inländisches Weizenmehl schwankt je nach der Güte zwischen 3.20 und 4.00 Kz, Kornmehl zwischen 2.00 und 2.20 Kz, ungarisches Weizenmehl bekommt man ab Grenzstation schon um 2.80 Kz. Müllert also ohne Getreidezölle die Inlandspreise noch eher etwas sinken, um sich nicht höher zu stellen als die Auslandspreise einschließlich der Fracht, so befreit der von der Bätka verabredete Zoll unsere heimischen Agrarier von der lästigen Konkurrenz und gibt ihnen die Möglichkeit, ihre Produkte mit einem Wucherer Gewinn von weiteren fünfzig Prozent an den Mann zu bringen. Nun wird ja der Gesamtpreis trotz der weiteren Blutsaugerprofite der Müller und Bäcker — die man einfach errechnen kann, wenn man die obgenannten inländischen Getreidepreise mit dem Schlusspreis von Schwarz- und Weißbrot vergleicht — sich wahrscheinlich dennoch niedriger stellen als die vorjährigen Preise. Diese Tatsache hat Herr Dr. Popitschil in Genf die Möglichkeit, pharisaisch von einem Abbau der Lebenshaltungskosten in der Tschechoslowakei zu sprechen. Aber wir brauchen keine jesuitischen Verdrehungskunst-

Hungerstreik der Sozialrevolutionäre in Mostau!

Berlin, 7. September. (Privattelegramm.) Die zum Tode verurteilten Sozialrevolutionäre in Mostau haben beschlossen, in den Hungerstreik zu treten und die Forderung zu stellen: entweder das Todesurteil zu vollstrecken oder dasselbe zurückzuziehen. Die Sozialrevolutionäre wollen nicht als Todesgeißeln am Leben bleiben, um dadurch die Aktionsfreiheit ihrer Partei zu beschränken.

Der Generalangriff der Unternehmer.

Massenhafte Kündigungen und Entlassungen von Bergarbeitern.

Wir veröffentlichten gestern eine unvollständige Liste über die in der letzten Woche vorgenommenen Entlassungen und Kündigungen von Bergleuten. Diese Liste wird erweitert durch folgende Aufstellung, die uns gestern von der „Union“ zugegangen ist:

Revier	Schacht	am	Arbeiter entlassen	Arbeiter gefündigt
Rudnik	Erzbergbau Graupen	7./8.	—	90
	Abraum Verberl Polten bei Teplich	17./8.	—	37
	Erzbergbau Kollin bei Teplich	25./8.	—	60
	Einschichtschacht Budmantel	26./8.	—	8
Bilfen	Josefschacht Bellana	August	8	—
	Masaryk-Jubiläumsschacht	„	1	—
Karlsbad-Hallensau	Franziska-Schacht Chodau	23./8.	—	53
	Johannische Kufattel	2./8.	—	27
	Friedrich-Kunze-Schacht Grafisch	4./8.	—	50
	Frans-Kaver Grünlad	21./7.	44	—
	Religionschacht Bieditz	Juli-August	—	3
	Bieditz-Haberspitze in Haberspitze	2./8.	—	37
	Josef-August-Schacht	Aug.-Sept.	—	15 zur Rind. beantragt
	Anton-Gleonora Bettlich	12./8.	—	40
Karlschacht	seit Juli	—	51	
Radlerwerk Bettlich	12./8.	40	—	

Im Karlsbad-Hallensauer Revier haben in den letzten Tagen die Feiertage ungemein zugenommen, auch ist dort mit weiteren Kündigungen von Arbeitern zu rechnen.

Vertragskündigungen in der Bekleidungsindustrie.

Der Verband der Arbeiter in der Bekleidungsindustrie mit seinem Stützpunkt in Reichenberg erhielt am ersten d. M. fast von allen größeren Unternehmern die Lohnverträge aufgelündigt. So kündigte unter anderen der Verein der nordböhmischen Lederindustriellen (Hauptgruppe der Lederindustrie im deutschen Hauptverband der Industrie) den Lohnvertrag, der sich für die Lederindustrie über ganz Nord- und Westböhmen erstreckt. Weiter kündigten die vereinigten Lederfirmen von Abersham den bestehenden Kollektivvertrag auf die Dauer von vier Wochen auf, ebenso die Genossenschaft der Glacehandschuh-erzeuger von Abersham, Varringen und Platten mit dem Stützpunkt in Abersham. Die Vereinigung der Arbeitgeber in der Bekleidungsbranche von Karlsbad hat auf die Dauer von sechs Wochen den Lohn- und Arbeitsvertrag der Damenschneider gekündigt. Zu der erstwähnten Kündigung sei bemerkt, daß Sonntag, den 10. September eine Konferenz der Vertrauensleute dieses Vertragsgebietes stattfindet, welche zu der Kündigung ihre Stellung nehmen und weitere Beschlüsse fassen wird. — Wir werden über den Verlauf der Verhandlungen über die erwähnten Kündigungen ständig berichten.

stöße, sondern eine Regierung, die dem Heer der verelendeten Arbeitslosen ihr Brot zu dem denkbar geringsten Preise verschafft! Jede Regierung, die anders handelt, übt strafwürdigen Verrat, den strafwürdigsten aber jene Männer in der Regierungsmehrheit, die sich noch immer „Vertreter der Arbeiterschaft“ nennen. Wie, fragen wir, vereinbaren die Nationalsozialisten und die tschechischen Sozialdemokraten mit ihrem Gewissen, daß sie zum Galgen der Arbeitslosigkeit das Henkersheil der Getreidezölle beistellen helfen? Glauben sie wirklich, mit einem jämmerlichen Kuhhandel ihrer heiligsten Aufgabe, dem Schutze des Proletariates, gerecht geworden zu sein? Denn ein Kuhhandel bereitet sich vor, in welchem die tschechischen Sozialdemokraten ihr Einverständnis mit den Getreidezöllen gegen die Bewilligung der Sozialversicherung durch die Bätka eintauschen wollen. Gewiß, sie haben ihre politische Ehre für die Durchführung der Versicherung verpfändet, aber der Schutz der Schwachen, Kranken und Greise, der Invaliden der Arbeit, ist etwas zu Kostbares und Heines, als daß man ihn mit den unsauberen Getreidezöllen zusammenkoppeln dürfte. Es heißt ein Grundrecht des arbeitenden Menschen entziehen, wenn man seinen Anspruch auf Versorgung in Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit mit dem Fluche bemakelt, es gegen die Verteuerung des Brotes und damit aller Lebensmittel und Gebrauchsgüter eingehandelt zu haben. Von solch unräumlichem Tausch wird kein aufrechter Proletarier etwas wissen wollen, doch das Strafgericht, das

ob des Schachers über die Schuldigen hereinbrechen muß, kann uns nicht freuen — denn es wird eine Entfremdung weiter tschechischer Massen vom Sozialismus bedeuten, Nationalismus und Kommunismus werden den Gewinn davontragen, weil die bisherigen Arbeitervertreter das Vertrauen getäuscht und in der Furcht vor Neuwahlen oder in mißverstandenen „Patriotismus“ unter das laudinische Joch der Agrarier gegangen sind! Die grüne Internationale ist der wahre Herr dieses Staates! Sie lehzt nach dem fetten Gewinn der Kriegs- und der Nachkriegsjahre und der Arbeiter wird zum doppelten Hungertod der Erwerbslosigkeit und der teuren Preise verurteilt. Sie befiehlt, und die Lieblings- und Leitidee dieses Staates, der Bund mit den Slawenstaaten, wird leichtfertig gefährdet. Denn was werden das getreidereichere Rumänien, was die Südslawen sagen, wenn ihrem Getreide der Weg über die Grenze der „Bundesgenossen“ durch Zölle gesperrt wird? Die Freundschaft wird ein Loch bekommen und als weitere Antwort wird ein Zoll auf tschechische Industrieprodukte erfolgen! So aber wird die letzte Möglichkeit, den Fabriken Aufträge, den Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen, schwinden; damit der Grundbesitz gedeihe, muß das gesamte Wirtschaftsleben dieses Staates der Katastrophe entgegenameln! Wahrlich, freventlicher ist mit Sein und Nichtsein eines Volkes, mit dem letzten Rest seines Behagens, dem schwächsten Fünftel einer Zukunftshoffnung noch selten gespielt worden!

Wiederaufbau und Geschäft.

Die zerstörten Gebiete Frankreichs, in denen die Unternunft des Krieges jahrelang so wahnwitzig wütete, schreien mit ihren niedergebrannten Häusern, den verschütteten Brunnen, erschossenen Bergwerken und wüsten Aedern nach Wiederaufbau und Neuerziehung für die menschliche Kultur. Wer ein Herz und gerechten Sinn sein eigen nennt, fühlt, daß diese Arbeit im gemeinsamen Zusammenwirken des deutschen und französischen Volkes geschehen muß, und die deutsche Arbeiterschaft im besonderen hat sich stets aus innerster Ueberzeugung zu dieser Pflicht bekannt. Sie bedeutet durch die Unsummen von Arbeitskraft und Materialaufwand, die zu ihrer Erfüllung aufgebracht werden müssen, gewiß eine schwere Last für das unter den Kriegesfolgen selbst furchtbar leidende deutsche Volk, aber zu dem Geistes, das Deutschlands ganze Zukunft zu vernichten und seine Bevölkerung zu verfluchen droht, ist sie doch ernst angewachsen, weil sich die Politik ihrer als Waffe bemächtigt hat und weil das Großkapital auf der Lauer liegt, um aus dem unsäglichen Unglück zweier Völker fette Gewinne zu saugen. Wie die führenden französischen Staatsmänner das Werkzeug „Reparationen“ benutzen wollten, um der Einheit und der Wirtschaft Deutschlands das Rückgrat zu brechen, und das Ruhrgebiet in ihre Hand zu bekommen, hat die letzte Konferenz von London überdeutlich gezeigt.

Welche Wege aber das deutsche und französische Kapital zu gehen gedanken, um ja zu dem blutigen Wucherer zu gelangen, den ihnen der Wiederaufbau Nordfrankreichs einbringen soll, kann man aus dem Abkommen entnehmen, das Dienstag zwischen dem deutschen Industriemagnaten Hugo Stinnes und dem französischen Marquis Guy Jean de Lubersac, Präsidenten der „Generalvereinigung der Körperhaften zur Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete“ zustande gekommen ist. Es stimmt die Fäden weiter, die der ermordete Rathenau in Wiesbaden im Oktober 1922 angeschlagen hatte, wenn er dort beim französischen Außenminister Loucheur durchgesetzt hatte, daß Deutschland statt der ihm in Versailles und nachher in London aufgetragenen Darlehensleistungen wenigstens zum Teile Waren liefern dürfe. Zur Ausführung des Wiesbadener Vertrages ist es bisher nicht gekommen, weil ihn, wie man nunmehr nach der neuesten Stinnes-Vereinbarung ruhig behaupten darf, die Industriellen sabotiert haben. Stinnes stieß sich nämlich an das den Franzosen eingeräumte Recht, die deutschen Waren nach Belieben und der jeweiligen Preislage anzunehmen oder abzulehnen zu dürfen: Was ein guter Kaufmann ist, geht gern auf sicher und will von einer ungünstigen Konjunktur untlisch unabhängig sein.

Das neue Abkommen, welches die bisher „unmöglichen“ Sachlieferungen auf einmal möglich macht, schafft hier Rat: Die französische „Generalvereinigung“ des Marquis de Lubersac, eine Selbstverwaltungsoorganisation der französischen Entschädigungsberechtigten, sammelt alle einlaufenden Material-, Bauaufträge und dgl. und gibt sie an die deutsche Sammelstelle, die von Stinnes beherrschte „Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau“ in Essen, weiter. Die „Hoch und Tief“ wird die übernommenen Aufträge teils selbst ausführen, teils sich zu deren Ausführung „mit anderen deutschen Firmen besonders zusammen-tun“, wobei sie sich verpflichtet, Firmen zu berücksichtigen, die ihr von der „Generalvereinigung“ „präsentiert“ werden. Daß ein sachkundiges Unternehmen wie die „Hoch und Tief“ in den Vordergrund gerückt wird, wo es sich doch bei den Wiederherstellungsarbeiten vor allem um Bauten handelt, ist begrifflich und auch die Zentralisation der Auftragneher und Auftragnehmer in je einer Gesellschaft hat gewiß ihre Vorteile. Das Material wird so am planvollsten verwendet, aber — es rentiert sich dank der vertragsmäßig genehmigten Vertrustung so auch am besten.

Zu dem Gewinn einer von der Konkurrenz befreiten Preisbestimmung tritt eine vertraglich garantierte Provision von sechs Prozent für die deutsche und für die französische Vermittlungsstelle, was nach der Berechnung des „Vorwärts“ der Stinnesgesellschaft die Kleinigkeit von 45 Milliarden Mark eintragen wird. Da überdies die Preise der deutschen Ware auf französische Franken lauten sollen, wird es nicht lange währen, bis auch in Deutschland die Baumaterialpreise auf die diesem Frankenbetrag entsprechende Markhöhe emporschnellen werden. Der Leidtragende dabei ist wohl nicht der deutsche Fiskus, weil sämtliche Beträge einschließlich der Provision aufs Reparationskonto gutgebucht und als Reparationszahlung betrachtet werden, wohl aber das konsumierende deutsche Volk. Dieses

wird, damit die Stinnesgesellschaft und der sich um sie kristallisierende Bautrust Preise bis zu der Höhe der französischen Inlandpreise erzielen können, selbst französische Preise in deutscher Warteintrichten müssen.

Auch sonst hat es Herr Stinnes verstanden, sich tadellos gut zu sichern. Die „Generalvereinbarung“ erhält durch das Uebereinkommen zwar das Recht, die Materialien in Deutschland zu prüfen, hat sie aber dort angenommen, dürfen sie in Frankreich nicht zurückgewiesen werden. Dieserungsverträge mit festen Preisen sollen beide Vertragsteile binden; sind hingegen Gleitende Preise vorgesehen, darf die Generalvereinbarung zurücktreten, wenn der französische Marktpreis sich niedriger stellt; aber auch in diesem Falle hat die deutsche Gesellschaft das Recht, auf Grundlage des französischen Marktpreises im Vertrage zu bleiben.

An volkswirtschaftlich einwandfreien Bestimmungen sind zwei wichtige Punkte hervorzuheben, an denen sich das Interesse des Stinneskonglomerats mit dem Volkswohl berührt: Die zur Herstellung von Kalk, Ziegelsteinen, Zement usw. notwendigen Kohlen nämlich sollen auf Rechnung der von Deutschland an Frankreich zu liefernden Kohlenmergen kommen, weil sich sonst tatsächlich der deutsche Kohlenverbrauch im französischen Markt noch beträchtlich steigern müßte. Und zweitens hat Frankreich auf die gelieferten Waren in der Höhe zu erheben, was die erste Durchbrechung der Zollschranken gegen Deutschland bedeutet. Das freilich die ihrer Habe beraubten französischen Wiederaufbauer ihren Regierenden, die sich in Rührung über das Unglück der Armen garnicht genug tun können, noch Jölle einbringen müssen, wirkt ein bezeichnendes Streiflicht auf die vor keinem Elend haltmachende Finanzpolitik der kapitalistischen Staaten. Hier sieht man so recht, wie Poincarés Versuchen auf die Not der verwüsteten Gebiete nur politische Wache sind, da sie doch nicht einmal dem Fiskus im eigenen Lande den geringen Rechen zu stopfen vermögen.

Ueber dem Leid Unzulüger, über den zerstörten Hütten Nordfrankreichs und den hungerbedröhten Massen Deutschlands reichen die Kapitalisten der feindlichen Staaten einander die Bruderhand. Jahrelang mühte gestritten, monatlang über das Wiesbadener Abkommen diskutiert werden, bis das Schicksal müde genug ward, um in den Stall fetter Provisionen und konkurrenzfreier Preisbildung getrieben zu werden. Ein einheitlicher Trist der Lieferanten und Abnehmer links und rechts des Rheines — was kann es Besseres geben? Schöne Seelen, die wissen, was sie wollen, finden einander, und das nicht nur auf dem Gebiet von Baumaterialien. Auch das deutsche und französische Kalihndikat, die Monopolisatoren des Kunstbäckers, sind jaust im selben Augenblick mit einander handelseinig geworden und haben ihre Interessengebiete fein faubertlich von einander abgegrenzt.

Die Internationale des Kapitals marschiert eben auf der ganzen Linie. Die politischen Kämpfe und wütenden Schlachten werden allmählich zur Fassade; hinter ihr packen die Finanzoligarchie zum eigenen Wohl und zum Unheil der Völker.

Inland.

Der reparierte Staatsvoranschlag. Der von den einzelnen Ministerien ausgearbeitete Staatsvoranschlag für das Jahr 1923 wies in seiner Gesamtheit ein Defizit von vier Milliarden Kronen auf. Da die Regierung nicht wagen konnte, mit einem solchen Riesendefizit, als dem finanziellen Ergebnis ihrer Verwaltungskunst, vor das Parlament zu treten, so wurde der Voranschlag in gründliche Reparatur genommen. Wie es dabei zugeht, darüber berichtet die „Tribuna“: „Der Ministerrat einigte sich dahin, daß die Ausgaben auf die Höhe der im Jahre 1922 präliminierten Beträge herabzusetzen sind. Das geschah nach langen Verhandlungen, wobei sich manche Ministerien damit behielten, daß sie (nur ziffernmäßig natürlich; Ann. d. Red.) die Einnahmeposten erhöhten und dadurch jene Ersparnisse (?) erzielten, die von ihnen gefordert worden waren. Nun ist der Voranschlag fertig — allerdings nicht ohne ein kleines Defizit.“

Ein, zwei, drei, Geschwindigkeit ist keine Hexerei! Die Hauberkünstler der Bötka machen im Nu das größte Defizit verschwinden, so daß das Publikum vor Staunen den Mund aufreißt. Eben waren noch vier Milliarden Abgang im Staatsvoranschlag da — was tut die Bötka? Sie streicht an den Ziffern so lange herum und erhöht — auf dem Papier! — soviel an den präliminierten Einnahmen, bis das Defizit — auf dem Papier! — so gut wie ausgelöscht ist. Im übrigen denken die Herren des Finserauschusses und der Regierung: Nach uns die Sintflut! Wenn im nächsten Jahre die wirklichen Ausgaben und Einnahmen ganz andere sein werden, als sie jetzt von den gelehrigen Schülern Potemkins im Staatsvoranschlag zusammengestellt werden — was geht das die Regierung an, die dann ja längst das Zeitliche gesegnet haben wird. Auch der „Tribuna“ erscheint das Spiel, das da die Regierung und die Bötka mit Parlament und Bevölkerung treiben, zu dreist. Sie schreibt: „So allerdings, wie der Staatsvoranschlag diesmal zusammengestellt wurde, darf er in Zukunft nicht mehr zusammengestellt werden, wenn die Dessenlichkeit vor der Arbeit unserer

Das Aktionsprogramm der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der nachstehende Entwurf eines Aktionsprogramms ist in gemeinsamer Beratung von führenden Vorstandsmitgliedern entworfen und beschlossen worden. Er wird den Parteitagungen der SPD. in Augsburg (am 17. September) und der U.S.P. in Gera (am 20. September) zur endgültigen Beschlußfassung übergeben werden. Bekennen sich beide Parteien zu dem Entwurfe, so soll am 24. September in Nürnberg eine gemeinsame Tagung die Zusammenfassung der beiden Parteien zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei vollziehen. Zugleich soll die Tagung eine Kommission einsetzen, die ein allgemeines Programm auszuarbeiten hat, über das die Vereinigte Partei auf ihrem nächsten Parteitag zu beschließen haben wird. — Das Aktionsprogramm lautet:

Der Gang der geschichtlichen Entwicklung zeigt, daß der Kapitalismus der Welt Friede, Arbeit und Brot nicht zu geben vermag. Immer zwingender wird die Erkenntnis, daß die Menschheit nur durch den Sozialismus zu Freiheit und Wohlfahrt gelangen kann.

Zu dem Streben, alle Kräfte des Proletariats zur Erreichung der politischen Macht, zur Beseitigung der Klassenherrschaft und zur Verwirklichung des Sozialismus einheitlich zum Klassenkampf zusammenzufassen, stellt die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands, ausgehend von den Grundfäden des wissenschaftlichen Sozialismus, folgende Kampfziele in den Vordergrund:

1. Schutz der Republik.

In der Erkenntnis, daß die demokratische Republik für den Kampf des arbeitenden Volkes den weitesten Spielraum, die sicherste Grundlage und den Ausgangspunkt für die Verwirklichung des Sozialismus bietet, fordert die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands den schärfsten und rücksichtslosesten Kampf gegen alle Bestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie, Ausgestaltung der Reichswehr zu einer zuverlässigen Verteidigungswaffe der Republik, Festigung der Reichseinheit, Ausbau der Republik zum organisch gegliederten Einheitsstaat.

Diese Politik erfordert in den Ländern die Reinigung des Polizei- und Beamtenkörpers von den Anhängern der Monarchie, umfassende Demokratisierung der gesamten Verwaltung, Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände, Bekämpfung der partikularistisch-reaktionären Bestrebungen.

2. Kampf gegen die Klassenjustiz.

Umgestaltung des gesamten Rechtswesens nach sozialistischen Grundfäden. Zusammenfassung der Richterkollegien aus allen Volksschichten. Entscheidende Mitwirkung gewählter Juristen in allen Zweigen der Justiz. Abschaffung der Todesstrafe. Beseitigung aller gesetzlichen Bestimmungen, die die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Manne gegenüber benachteiligen.

3. Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Grundlegende umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist.

Unmittelbare Beteiligung des Reiches an den Erträgen der kapitalistischen Unternehmungen. Erbrecht des Reiches bei entfallenem Vererbungsrecht. Pflichtrecht des Reiches, abgestuft nach der Zahl der Erben. Verhinderung von Steuerhinterziehung und Kapitalflucht. Schärfste Besteuerung der Spekulationsgewinne, insbesondere der Grasisaktien und Bezugsrechte, Erhöhung der Umsatzsteuer bis zur völligen Erlassung der Wertsteuergewinne, verstärkte Erfassung des Auslandsverkehrs mittels wirksamer Kontrolle durch die Außenhandelsstellen.

Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, insbesondere mit Brot, Kartoffeln, Fleisch, Milch und Zucker unter Mitwirkung und Förderung der Genossenschaften, Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbauwesens, Bekämpfung des Baustoffmangels.

Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole, Sozialisierung der Schlüsselindustrien, insbesondere des Bergbaues.

staatlichen Zentralämtern nicht die Achtung verlieren soll.“ Wie es um diese Achtung steht, darüber könnte die „Tribuna“ durch eine Umfrage in der Bevölkerung schon o jetzt erbauerliche Dinge zu hören bekommen.

Schnuscht nach dem Faschismus. Das Schandtreiben der italienischen Faschisten hat, da diese sich bisher so erfolgreich im Dienste des Kapitalismus zur Schädigung der Arbeiterbewegung betätigt haben, das Interesse der „Narodni Listy“ erregt, die ihre Leser über Ziele und Programm der Faschistenbewegung informiert. Das tut das Blatt in einer Weise, der man deutlich die freudige Anteilnahme an den Taten der Faschisten — trotz einiger kleiner Schönheitsfehler, die die „N. L.“ an den Faschisten entbehrt hat — anmerkt. Sie erzählen, daß die erste Tat der faschistischen Organisation im April 1919 erfolgte, da die Organisation erst 350 Mitglieder zählte und doch schon die Redaktion des „Avanti“ zerstörte. Das legt die „Narodni Listy“ in Begeisterung und ganz entflammend schreiben sie:

„Seit dieser Zeit nahm mit jedem Angriff der Faschisten auf die gegenrevolutionären Parteien die Zahl ihrer Anhänger nach Tausenden zu, insbeson-

4. Sozialpolitik.

Schutz der Arbeitskraft durch Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Abwehr aller Angriffe auf den Achtundtagsarbeit. Gerabsetzung der Arbeitszeit in gefährlichen und gesundheitsgefährlichen Betrieben. Einschränkung der Nachtarbeit für Männer und Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche. Verbot jeder Erwerbsarbeit für schulpflichtige Kinder. Sicherung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts. Ausbau der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten. Ersatz der technischen Nothilfe durch Einrichtungen, welche die Notstandsbearbeiter in lebenswichtigen Betrieben durch Selbstbildungslehre der Arbeiter unter Mitwirkung der Gewerkschaften sichern. Ausreichende Fürsorge für bedürftige, arbeitsunfähige und arbeitslose Mitglieder der Gesellschaft. Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Räteprinzips zu einer Vertretung der sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

5. Volksgesundheit und Volks-erziehung.

Vergesellschaftung des Gesundheitswesens, der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen. Einheitschule mit weltlichem Charakter. Erklärung der Religion zur Pflichtsache. Ausgestaltung der Schule nach sozialistisch-pädagogischen Grundfäden. Verbindung der Erziehung mit der materiellen Produktion.

6. Internationale Politik.

Kapitalismus und Klassenherrschaft der Besitzenden haben den Weltkrieg entsetzt und nach seiner Beendigung sich vollkommen unfähig erwiesen, einen wirklichen Frieden herbeizuführen. Ein solcher Friede kann nur aus dem Geist des internationalen Sozialismus geschaffen werden. Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert die Fortsetzung einer Außenpolitik der Verständigung und des Wiederaufbaus unter Verwirklichung der Leistungs-fähigkeit Deutschlands. Sie erkennt in dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens eine moralische Pflicht Deutschlands sowie das unerlässliche Mittel, durch diese Wiederherstellung die Völkerverbindungen zu bessern. Sie gibt aber der Ueberzeugung Ausdruck, daß die fortschreitende Zerrüttung der deutschen Staats- und Volkswirtschaft sowie der furchtbare Währungsverfall ausreichende Erleichterungen der Reparationslasten zu einer zwingenden wirtschaftlichen Notwendigkeit machen.

Der Krieg als Imperialismus und seine Fortsetzung in den Friedensverträgen haben eine schwere Welle erzeugt; in den Siegerstaaten Arbeitslosigkeit, Produktionslosigkeit, Unverträglichkeit der Rohstoffe und Fabrikate; in den besiegten Ländern: Sinken der Kaufkraft der Löhne, Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen, Expropriation des Mittelstandes, Zwang zur Schuldentilgung.

Krieg, Wirtschaftskrise und Friedensvertrag haben die arbeitenden Klassen aller Länder zu Befiegten des Imperialismus gemacht. Der Kampf gegen die imperialistische Politik, für die Abänderung der Friedensverträge, für die Ueberwindung der Nacht- und Gewaltpolitik durch eine internationale Rechtsorganisation erfordert den Zusammenschluß des Weltproletariats zu einer einheitlichen geselligen Kampfgemeinschaft.

Die Kampfziele unseres Aktionsprogramms erheischen die höchste Kraftentfaltung des Proletariats, die Stärkung aller politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, die volle Geschlossenheit und Einheit seiner Aktion. Die Partei ruft deshalb alle Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, die Einheit zu verwirklichen. Pflicht aller Parteimitglieder ist es, in den Gewerkschaftsorganisationen allen Versplitterungs- und Spaltungsbestrebungen mit größter Energie entgegenzutreten. Die Forderungen unseres Programms müssen zur Grundlage des gemeinsamen Kampfes aller vom sozialistischen Geist erfüllten Organisationen werden. Mit erhöhter Siegesversicht, mit gestärkter Kraft wird sich dann die historische Sendung der arbeitenden Klasse vollenden:

Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft!

dere aus den Reihen der Jugend. Es ist wie damals, als sich die Freiwilligen in die Armeee Garibaldi drängten, der den Feldzug für die Befreiung Italiens von Sklaven aus mit tausend Mann unternahm und ehe er noch in Neapel landete, eine Armee von hunderttausend Mann besaß.“

Die „Narodni Listy“ unterlassen nicht, wiederholt hervorzuheben, daß sich die Angriffskampagne der Faschisten gegen die Bolschewisten, Kommunisten und Sozialisten richtet, welche von den Faschisten deshalb als die größten Feinde des Landes angesehen werden, weil sie „die Einheit der Nation durch den Klassenkampf zerschlagen.“ Dann rühmt das Blatt noch die „eiserne Zucht“ der Faschisten und berichtet, daß ihre Organisationen und Ziele soeben in Italien von Abgeordneten aus Frankreich, England und Rußland studiert werden. Unter den tausenden russischen Emigranten soll, wie die „Narodni Listy“ erfahren, die Ueberzeugung herrschen, daß Rußland von der bolschewistischen Diktatur nur durch eine ähnliche Organisation dieser „schreienden Ritter“ befreit werden könne, die bereit sind, den Kampf „für ihre Dame, das Vaterland“, zu führen. Daß die „Narodni Listy“ gerade jetzt, da auch die Reaktionäre anderer Länder dem Faschismus eifrig studieren,

Ihre Leser über die Faschistenbewegung so begeistert informieren, entspricht ganz dem Geiste des Aramarschblattes, das schon seit Jahren alle reaktionären Kräfte gegen den Sozialismus zu mobilisieren sucht und nun im Faschismus eine neue Hoffnung erblickt. Allerdings findet das Blatt an den Faschisten auch eines anzusehen: sie seien durch ihre Unverträglichkeit gegenüber den Jugoslawen geradezu unsympathisch“ und sie gebrauchten Gewalt und Terror „vielfach auch am unrechten Platz“. Am „rechten Platz“, das ist gegenüber den Sozialisten und Kommunisten erscheint den „Narodni Listy“ Gewalt und Terror also durchaus gerechtfertigt! Man kann sich denken, wie freudig es das Blatt und seine Partei begrüßen würde, wenn sich auch nach hier das Räuberbandentum der Faschisten verpflanzen ließe. Wenngleich diese Gefahr auch nicht groß ist, so ist es immerhin beachtenswert, die Sehnsüchte der Kapitalisten und ihrer journalistischen Soldaten kennen zu lernen.

Der Mährisch-Ostrauer Vertragsbruch.

Aus den Kreisen der Bergarbeiterorganisation wird uns geschrieben:

Die Ostrauer Direktorenkonferenz sagt in ihrer Erklärung, die als Gegenüberung zu der Kundgebung der koalitierten Bergarbeiterverbände vom 4. aufzufassen ist, daß die Prager Vereinbarung vom 10. Jänner d. J. durch den am 22. Mai in Ostrau abgeschlossenen Vertrag überholt sei und ihre Bedeutung verloren habe. Wenn die Ostrauer Bergwerksdirektoren die Beschuldigung, die die Bergarbeiterverbände erhoben haben, daß sie einen bestehenden Vertrag verletzten und dadurch vertragsbrüchig geworden sind, abwählen wollen, so tun sie dies nur deshalb, um in der nicht vollständig informierten Öffentlichkeit als die schuldlosen und reinen Kinder darzustellen.

Die Ostrauer Direktorenkonferenz nennt die Prager Vereinbarung eine „jogennante“, womit sie schon die Abriidung von derselben kennzeichnen will. Tatsache ist, daß die Prager Vereinbarung, die für das Ostrauer Revier von Bergdirektor Dr. Droz mitgefertigt ist, nicht gelündigt wurde und auch für Ostrau gilt. Die Erklärung der Direktorenkonferenz übersteht abfichtlich den Kern der Frage. Der wichtigste Teil der Prager Vereinbarung lautet:

„Die Kollektivverträge und die Erkenntnisse des Schlichtungsgerichtes in den böhmischen Braunkohlenrevieren, welche am 31. Dezember 1921 in Geltung standen, bleiben ohne Rücksicht darauf, ob sie gelündigt wurden oder nicht, in jenen Bestimmungen, welche sich nicht auf Lohn und Verdienst beziehen, in allen Revieren der Republik bis zum 31. August 1922 in Kraft.“

Da nun diese Prager Vereinbarung vier Wochen vor Ablauf nicht gelündigt wurde, so verlängert sie sich von selbst, wie die weiteren Bestimmungen der Prager Vereinbarung besagen. Richtig ist, daß laut dieser Vereinbarung die Abmachungen, welche zwischen den Vertretern der Ostrauer Unternehmer und Arbeiter vor Ausbruch des Generalstreiks schon getroffen wurden, in Geltung bleiben.

Das ist natürlich auch geschehen. Die Bergarbeiter haben diese Bestimmung voll eingehalten, was ja in dem Vertragsabschluss vom 22. Mai dieses Jahres zum Ausdruck kam. Es können natürlich auch weitere Änderungen der Kollektivverträge vorgenommen werden, wenn dieser Änderung beide Teile zustimmen. Das ist am 22. Mai in Ostrau geschehen. Daher ist der Vertrag vom Mai durchaus in Uebereinstimmung mit der Prager Vereinbarung. Es ist wohl für jeden Menschen klar, daß, wenn ein Teil einer Änderung nicht zustimmt, so wie es praktisch gegenwärtig in Ostrau der Fall ist — die Arbeiterorganisationen lehnen eben die Vorschläge der Unternehmer ab — so bleiben die bisherigen Lohnverträge solange in Gültigkeit, solange die Prager Vereinbarung zurecht besteht. Es ist nur ein „kleiner“ Unterschied in der Unternehmernauffassung und in der Auffassung der Bergarbeiterverbände. Die ersteren legen der Bestimmung der Prager Vereinbarung: „daß beide Teile zustimmen müssen“, keine Bedeutung bei und heben sie eigenmächtig auf, während die Bergarbeiterverbände, die naturgemäß die Vereinbarung als Ganzes aufzufassen, auf dem Rechte der „Zustimmung“ ihrerseits beharren müssen. Am 22. Mai ist die Zustimmung der Bergarbeiterorganisationen erfolgt. Dort wurde also die Prager Vereinbarung nicht verletzt. Die jetzige Kündigung des Ostrauer Kollektivvertrages durch die Unternehmer, und die damit in Verbindung gestellten Änderungsanträge, welche die Zustimmung der Bergarbeiter nicht gefunden hat, ist ein grober Vertragsbruch, und es ist vollständig falsch, wenn die Unternehmer behaupten, ab 1. oder 8. September gelten die von ihnen diktierten Bedingungen. Nach der Kündigung des Ostrauer Vertrages, nachdem ein anderer nicht zustande gekommen ist, gilt der bisherige Vertrag solange als die Prager Vereinbarung in Kraft ist. Die Unternehmer haben gemäß Punkt 3 dieser Prager Vereinbarung nur das Recht, die Löhne entsprechend den von den Paritätskommissionen festgesetzten eventuellen Preis-herabsetzungen abzubauen. An diesem Rechtsstandpunkt hat der am 22. Mai in Ostrau abgeschlossene Kollektivvertrag gar nichts geändert, die Prager Vereinbarung wurde durch ihn weder außer Kraft gesetzt, noch überholt. Die Bergdirektoren Ostraus können die Beschuldigung des Vertragsbruchs abzuleugnen versuchen wie sie wollen, er bleibt solange bestehen, als sie sich nicht ebenso wie die Bergarbeiter auf den Boden der Prager Vereinbarung stellen.

Tages-Neuigkeiten.

Bier Jahre nach dem Völkermord!

Unter dem Titel „Nach den Mäandern“ veröffentlicht Generalstabsoberst B. Necanda in der „Prager Presse“ einen Aufsatz, dem wir die folgenden Stellen entnehmen:

„Der Artilleriekampf wurde in allen Phasen des Gefechtes zweckmäßig durch Rauchgranaten demonstriert. Das vom Artilleriefener eingehüllte Kampfgelände zwang die eingesehten Truppen, sich auch an diese Beschwerden zu gewöhnen und sie zu überwinden. Soweit der Transport- und Verpflegungsdienst in Frage kommt, wurden diese Formationen in den Kriegszustand versetzt.“

„Die Wahl des Manöverthemas, die nächtlichen Umgruppierungen einzelner Heeresabteilungen, die Benützung der Fliegertruppen, aller Kommunikationsmittel, des Telephons, des Erd- und des drahtlosen Telegraphen, der Läufer, der Taubenpost, der optischen Signalisierung, der Raketen und Reflektoren, die Veranschaulichung des Artilleriefeners beider Heere, dies alles näherte die Manöver der Wirklichkeit eines Kampfes.“

Die Eindrücke eines Beobachters der Manöver können folgendermaßen zusammengefaßt werden: Der tschechoslowakische Soldat und Reservist zeigt ein unerträgliches, lebendiges Interesse und volles Verständnis für seine Aufgabe, erträgt die Strapazen zehntägiger Vorbereitungen und die drei Tage und Nächte dauernden Hauptübungen in fröhlicher Stimmung, zeigt Disziplin, ist gut bekleidet und versteht es, nach Schluß der Manöver, beim Desele in absoluter Ordnung und freudigen Auges vor seinen obersten Befehlshaber zu treten.“

„Man ersieht daraus, daß das tschechoslowakische Offizierskorps als Einheit von modernen kriegstechnischen Anschauungen befaßt ist und sein Wissen von anderen Schlachtfeldern durch Erfahrungen ergänzt hat, die französische Kameraden von der Westfront in die Armee gebracht haben.“

Die Mäkte und Weiler des Manövergeländes hatten während der Übungen ein festliches Gepräge. Die Bevölkerung begrüßte den tschechoslowakischen Soldaten herzlich und lieferte damit einen Beweis für das Verständnis der Aufgaben der eigenen Armee und der Anhänglichkeit an sie.“

Der Artikel schließt mit den Worten:

„Dieser Umstand und alles oben Angeführte legt ein genügendes Zeugnis dafür ab, daß die tschechoslowakische Armee auf festen Fundamenten ruht und daß ihre Entwicklung den richtigen Weg geht.“

Dies der — „richtige Weg“ nach vier Jahren des Mordens und weiteren vier Jahren des entsetzlichen Elends der arbeitenden Bevölkerung! Dies der „richtige Weg“ zur selben Zeit, da hunderttausende Proletarier hierzulande arbeitslos sind und ihren brennendsten Hunger nicht stillen können — dank dem Krieg und seinen Folgen, dank den Gewaltfriedensverträgen, dank dem Imperialismus und Militarismus der europäischen Massenstaaten! Wenn es wirklich wahr wäre, daß die vom „Krieg im Frieden“ abgehenden Soldaten nach dem Manöver „freudigen Auges“ vor ihren Kommandanten traten und daß sich die Bevölkerung des tommaten „Kämpfers“ im „festlichen Manövergelände“ herzlich freute — wenn

Das griechische Debacle in Kleinasien.

Die Südmaree gefangen.

Adana, 7. September. (Hs.) Man meldet aus Angora, daß die Südgruppe der griechischen Armee von Rhemalisten in der Gegend von Salkisi eingeschlossen worden sei, wo sie nach erbittertem Widerstande gefangen genommen wurde. Man meldet die Besetzung von Balikesir und Sandirgi durch Rhemalisten. Die türkischen Vorhuten befinden sich jetzt ungefähr 40 Kilometer vor Smyrna. Die Griechen fahren weiter in der Einschließung der Dörfer fort, die sich auf ihrem Rückzugsweg befinden. Die griechischen Verluste seit Anfang der militärischen Operationen werden auf 50.000 Mann geschätzt, von denen 15.000 Mann durch die Rhemalistischen Truppen gefangen genommen und der Rest im Laufe der türkischen Offensive getötet wurde.

Für einen sofortigen Waffenstillstand.

Konstantinopel, 7. September. (Hs.) Die drei Dragomane der französischen, englischen und italienischen Botschaft haben bei dem Konstantinopler Vertreter der Regierung von Angora Schritte unternommen, um ihn davon zu unterrichten, daß Griechenland die Räumung Kleinasien unter der Bedingung annehmen werde, daß sofort mit Angora ein Waffenstillstand abgeschlossen würde. Im Falle Angora die Bedingungen annehme, sollten sich die Beauftragten Angoras und Athens in der neutralen Zone bei Jariuthia treffen, um die Waffenstillstandsbedingungen festzusetzen.

Flucht Konstantins aus Griechenland.

Paris, 7. September. (Hs.) Wie „Petit Parisien“ über London aus Athen meldet, soll König Konstantin in der Nacht, unbekannt wohin, abgereist sein.

es wirklich wahr ist, dann müssen wir noch mehr als bisher, mit tausendfachen Jungen, den schrecklichsten Feind bekämpfen, der uns droht: den widergeborenen Militarismus, der auf „festem Fundament“ ein Riese werden will.

Und in den Armen liegen sich beide . . . nämlich die Kommunisten und die tschechischen Nationalsozialisten! Die Liebe dieser beiden Parteien, von denen jede behauptet, daß nur sie allein die Führerin der tschechischen Volksmassen ist, ist zwar noch nicht allen Datums, sie äußert sich doch aber umso stürmischer, so daß man beinahe versucht wäre, von einer Liebe „auf den ersten Blick“ zu sprechen. Bei näherem Zusehen und bei eifriger Lektüre der kommunistischen Presse der letzten Zeit entpuppt sich jedoch die Anbiederung der Kommunisten an die tschechischen Nationalsozialisten als ein — vom Parteienstandpunkt allerdings geschickter — Schachzug der Jünger Moskaus, die den kommunistisch angehauchten Flügel der Nationalsozialisten in ihr Lager hineinziehen wollen, wobei sie sich noch dazu auf ihre Arbeit für die „Einheitsfront des Proletariats“ etwas zugute tun möchten. In Wirklichkeit wollen sie ja gar keine Einheitsfront aller sozialistischen Parteien, weil sie ja sonst nicht uneingeschränkt ihren Terror und ihre Demagogie ausüben dürften und tatsächliche verantwortungsvolle Arbeit leisten müßten. Die tschechischen Nationalsozialisten, die in der letzten Zeit einige Versammlungen mit den Kommunisten veranstaltet haben, beginnen bereits den Braten zu riechen und blasen jetzt verzweifelt zum Rückzug. Infolge der Politik der tschechischen Sozialdemokraten haben die Kommunisten heute leichte Arbeit, die tschechische Arbeiterfront, die hilf- und ratlos dasieht, geht ins radikale, kommunistische Lager über und jetzt — sollen auch die Nationalsozialisten daran glauben. Was nützt es ihnen da, wenn ihre Parteileitung verkündet: „Unsere Partei kann nicht gemeinsame Aktionen mit einer Partei unternehmen, die durch ihr Festhalten an der Politik Moskaus den tschechoslowakischen Staat zertrümmern will und so zur Verschärfung der wirtschaftlichen Lage der

General Tripupis gefangen.

Angora, 7. September. (Havas.) Die Gefangennahme des griechischen Generals Tripupis und anderer Offiziere des Generalstabes wird bestätigt.

Arbeiterfront beiträgt; was hilft es ihnen, wenn sie, wie z. B. in Protivin, sich gegen einen kommunistischen Bürgermeister verhalten — sie müssen jetzt dafür büßen, daß ihre Führer die Politik der Koalitionsparteien mitgemacht haben und noch mitmachen, welche Politik war „staats-erhaltend“, aber bürgerlich und arbeitserföndlich ist. Die tschechische Arbeiterfront, die nicht mehr gewillt ist, untätig zuzusehen, wie ihre Rechte von den Koalitionsparteien verschachert werden, erliegt dem Radikalismus der Kommunisten, denen jedes Mittel zur Durchführung ihrer von Moskau eingepfunden Pläne recht ist. So war es auch leicht verständlich, daß zu der von den tschechischen Nationalsozialisten am Mittwoch auf der Prager Sophieninsel veranstalteten Demonstrationssammlung gegen Arbeitslosigkeit und Teuerung die Kommunisten über Auftrag ihrer Parteileitung massenweise erschienen, ohne sich erstaunlicherweise aber zum Worte zu melden oder eine Vertretung in den Vorh zu verlangen, die ihnen nach der Zahl ihrer anwesenden Parteianhänger gebührt hätte. Einträchtig lauteten Kommunisten und Nationalisten den Ausführungen des Abgeordneten Ströbrun und des Senators Stajny, die beide pöhlisch wahre Dagefänge gegen die den Staat ausplündernden Banken und Agrarier in energischen Worten den Anwesenden vorzutragen wußten, obwohl beide fanatische Anhänger der Koalitionspolitik sind und durch ihre Minister eben mit jenen Ehrenmännern Geschäfte abmachen und Arbeiterrechte verschachern, welche Herzen sie nun vor dem Forum des Proletariats so stimmungsvoll anzupreisen wußten. Die Kommunisten verhielten sich im allgemeinen — jedenfalls laut Parteibefehl — vollständig ruhig und opponierten nur, als ein Redner das ihnen heilige Sowjetrußland angriff. Im „Rube Pravo“ allerdings war am nächsten Tage nichts mehr von der brüderlichen Liebe zu bemerken, mit der die Kommunisten zu der Versammlung der Nationalsozialisten geilt waren. Da regnete es in dem Artikel, der sich mit der ablehnenden Haltung der nationalsozialistischen Parteileitung befaßt, von Angriffen und am Schlusse heißt es: „Wir werden mit den nationalistischen Arbeitern zusammen-

gehen — auch ohne deren Parteileitung.“ — Die kommunistisch-nationalsozialistische Ehe sollte eine Liebesche werden, doch bevor es noch dazu kam, war der Liebestraum ausgeträumt: Und leht beginnt der Haber von Reuem.

Deutschnationale Fälschung. Die „Freie Gemeinde“ zeigte in ihrer letzten Nummer an, daß ihre Verwaltung nach Prag verlegt wurde und daß ihre Redaktion statt des Genossen Rejzner der Genosse Pözl übernimmt. Diesen ganz trodenen Tatbestand bemüht das deutschnationale „Nordböhmische Tagblatt“ zu einer ganzen Flut von Lügen und Beschimpfungen unserer Partei. Zunächst unternimmt das Blatt eine gewöhnliche, plumbe Fälschung, indem es behauptet, daß die „Freie Gemeinde“ von nun an in Prag gedruckt wird. In Wirklichkeit wird das Blatt weiter in Bodenbach gedruckt und nur die Verwaltung ist jetzt in Prag. Aber das tschechener Streikbrecherblatt weiß, warum es die Wahrheit auf den Kopf stellt. Es knüpft nämlich an seine Lüge die Behauptung, der „Sozialdemokrat“ und nun auch die „Freie Gemeinde“ würden in der Prager Druckerei des tschechischen Kapitalisten Strauß gedruckt und dieser Strauß sei der Vater unseres verantwortlichen Redakteurs. „Die Partei hat zwar selbst Druckereien“ — so schreibt der Geselle in Teischen — „aber das Interesse der Juden und Führer steht über jedem Parteinteresse“. . . „Nun ist auch die „Freie Gemeinde“ unter das Judenbistat geraten“. Es ist noch gar nicht so lange her, daß der Klaffer in Teischen seinen Schweif einzog, als wir ihm ein wenig unfaßt darauf traten und so ist wohl auch zu erwarten, daß das „Nordböhmische Tagblatt“ richtigstellen wird, die „Freie Gemeinde“ werde nicht in Prag, sondern weiter in Bodenbach gedruckt. Darüber hinaus aber verlangen wir von diesem, na, sagen wir: Journal, daß es feststellt, was ihm ja ebenfogat wie jedem anderen bekannt ist: der „Sozialdemokrat“ wird nicht in der „Tribuna“ gedruckt, sondern im Bohemia-Verlag. Weiter: der Vater des Genossen Doktor Strauß hat mit dem „Tribuna“-Verlag nicht das geringste zu tun; die sozialdemokratische Partei, deren Zentralorgan notwendigerweise in Prag erscheint, die aber ihre eigenen Druckereien von früher her in der Provinz hat, besitzt nicht die Mittel, um eine eigene Druckerei in Prag zu errichten. Mit diesen Feststellungen ist die ganze Notiz im „Nordböhmischen Tagblatt“ als niederträchtige Fälschung und bewußte Lüge bloßgestellt.

Die Gauordnung. Die Aktivierung der Gauordnung u. a. auf das Hindernis, daß keine Geschäftsordnung für die Gauämter, Bezirksämter, Bezirksausschüsse, Gauausschüsse, Gauvertretungen und Verbände zur Hand war, Fragen, die mit der Stellung der Fachbeamten gegenüber den leitenden juristischen Gaubeamten verknüpft sind. Wie die „Tribuna“ erfährt, haben die Finanzministerien, besonders das Landwirtschaftsministerium und das Ministerium für öffentliche Arbeiten die Selbständigkeit ihrer Fachbeamten nicht nur in fachlicher Beziehung, sondern auch in Personalangelegenheiten gegenüber den Gauen verlangt. Dagegen wendete sich das Ministerium des Innern mit dem Hinweis darauf, daß die Einheitslichkeit der staatlichen Administration nötig sei. Der Ministerrat hat nun, dem genannten Blatte zufolge, bei der Verhandlung über diese Fragen dem Ministerium des Innern aufgetragen, in dem siebenmitgliedigen Komitee, in welchem die in Betracht kommenden Ministerien vertreten sein werden, die oben erwähnte Frage in kurzer Zeit im ganzen zu verhandeln, u. zw. die Geschäftsordnungen der Bezirks- und Gauämter, sowie der Ausschüsse und Verbände. Diese Verhandlungen sollen im nächsten Monate beendet sein. — Was die Selbständigkeit der Fachbeamten anbelangt, so stehe der Standpunkt des Ministeriums des Innern, sofern es nicht zur Errichtung vollkommen selbständiger technischer Ämter kommen wird.

Rees Doorit.

(13)

Ein flämischer Sittenroman von Georges Gelhond.

Blödsinnige, einarmige Bettler, kränkliche Bauern, die durch eine Feuersbrunst Hab und Gut verloren hatten, junge Hafenauslader, die durch eine herabfallende Last verstimmt worden waren, Witwen von untergegangenen Seeleuten, vergessene Invaliden von 1830, all diese leierten ihre Klage herunter oder zeigten auf der Brust ein Schild, auf dem ihr „Unglück“ geschrieben stand. Die Blinden und die Taubstummen führten häßliche Huden bei sich, die ohne Strümpfe und mit schwarzen, wie von Wagenschmiere leuchtenden Beinen herumtiefen, und mit einer kleinen Schale in der Hand die Leute anbettelten. Bald hier, bald dort hielt der Zug eine Weile bei den Wirtschaften an, die immer häufiger wurden. Eine rot-gelb-schwarze Fahne flatterte über dem Schilde. Gewöhnlich tranken die Ausflügler, ohne abzustiegen, aber wenn es sie auf einmal in den Beinen juckte, kletterte die ganze Ladung herunter, die einen von der Treppe, die anderen vom Fußsteig und noch andere über die Mäder, und führten in dem niedrigen Saale der Herberge oder um die Linde vor der Türe eine ausgelassene Savabande auf.

Eine Viertelstunde vor dem Marktfleder trank man auch noch in den Baracken, die dort einzeln aufgeschlagen waren, wie wenn die bedingigen „Kapellen“ nicht mehr genügt hätten. Die Orgeln schnarrien alle zusammen, von den primitivsten Klaffen bis zu den komplizierten Orchestern, die die Quadrillen vom vorhergehenden Karneval nachahmen.

Gerade vor Bütte erinnerten sich Annemie, ihr Bruder und Jannete daran, daß sie das letzte mal einem Bettler, dem Pächter Bart Stevens, versprochen hatten, bei der nächsten Kirmes bei

ihm zu Gast zu sein. Man kam daher mit der Gesellschaft überein, am Nachmittag gegen vier Uhr beim „Moerjan“ (dem schwarzen Johann) im holländischen Bütte sich wiederzufinden.

Der Stevenshof erhob sich rechts vom Wege, ein paar Hintenschüsse weit, mitten in einem großen Stiel Land, das schon für die Herbstsaat gepflügt war. Die Gäste schlugen seitwärts einen Pfad ein, und Rees, die Saps, Loocke und die anderen aus derselben Gegend, die sich unterwegs angetroffen oder eingeholt hatten, marschierten bald rüstig in die Menge hinein.

II.

Bütte liegt inmitten auf der Grenze und besteht aus drei Weilern, von denen zwei belgisch sind — der eine gehört zur Cappellener, der andere zur Stadroeder Gemeinde — während der dritte holländisch ist. Die Landstraße von Bergen-op-Zoom bildet die Hauptstraße des Dorfes. Man bemerkt fast nicht, daß nahe bei der Kirche und dem belgischen Zollamt ein farbiger Pfahl steht, der die Grenze zwischen den beiden Ländern bezeichnet. Man ist schon auf holländischem Boden, und man findet noch keinen Unterschied. Dort wie hier sind die Häuser überall niedrig und sauber; die Sprache und die Ausdrucksweise sind dieselbe. Auch die Typen sind nicht verschieden. Es sind die gewöhnlichen Physiognomien aus der Gegend der Unterselde, die starken, ziegelartigen Gesichter, die edigen Rinne, die träumerischen Augen, der langsame, gemessene Gang. Die holländischen Frauen kleiden sich wie die in den Kempen. Bei den Männern fangen die Hosen aus Baumwollsammet an, sich oben zu erweitern, und blau ist auch die Lieblingsfarbe der holländischen Brabanter, während die nord-westen Antwerpen die schimmernden braunen Töne, kastanienbraun und braunrot, vorziehen.

Gegenüber der holländischen katholischen Kirche, die zweihundert Meter von der Grenze entfernt liegt und ebenso häßlich ist wie die des belgischen Bütte, erhebt sich auf dem Platz eine eiserne Büste, eine strahlende, blühende Figur von energischem Ausdruck. Der Untersag schließt einen Grabstein ein, der mehrere Jahrhunderte älter ist als das Denkmal. Es ist die Büste und das Grab Jakob Jordans. Dieser Künstler war — ein Opfer der religiösen Verfolgung — unter der spanischen Herrschaft verbannt worden und später bis zur Grenze seines Vaterlandes zurückgeführt, um dort zu sterben. Da die katholische Intoleranz ihn noch nach dem Tode verfolgte, so wurden die Leberreste des Lutheraners aus dem geweihten Feld verwiesen und am Rande der Kirche begraben.

Heute ruhen die Gebeine des Verworfenen noch immer außerhalb des geeigneten Raumes. Aber was kümmert sich um diesen Ostrogismus der meisterraste Maler der Bamboccianen, der flämische Freund der Kirmessen, der Bewunderer des üppigen Kultus der Materie, der Säger der biden Häuche, der mächtigen Pfäßer und der roten, freudigen Gesichter der Biertrinker! an dem Orte, wo seine langhaarige Büste thront, die von Jes Lambaau, dem jordaemsten Bildhauer, so nervig gemodelt wurde, findet Nordaens einmal im Jahre den Kühnen, ungezwungenen Ausdruck des ländlichen Lebens wieder und wohnt noch einmal den Trint- und Egelagen bei, in denen vor dreihundert Jahren sein Binsel sanguinische Kraft schöpfte.

Die Püster Kirmes, die letzte des Jahres in der Antwerpener Provinz, ist eher als das St. Dionysiusfest, an dem der orthodoxe Patron des Fleckens gefeiert wird, eine massenhafte Pilgerfahrt, die zu Ehren des glorreichen Keyers veranstaltet wird.

Sowohl der holländische wie der belgische

Teil des Dorfes lebt das ganze Jahr hindurch ruhig in den Tag hinein. Ein Schmuggler, der von den Zollwächtern festgenommen wird, Landstreicher, die über die Grenze kommen, der Durchritt von Gendarmen, die Wildbiede oder ausgewiesene Vogabunden verfolgen, eine Bande Jäger, Kesselfüßler oder Bärenführer, die an die Grenze zurückgeführt werden, oder, was allerdings noch seltener ist, ein Messertreit zwischen Flamen und Holländern, das sind die einzigen Ereignisse, die den regelmäßigen Lebenslauf der Fuhrleute, Holzhändler, Handwerker und der wenigen Pächter, welche die Bevölkerung dieses Ortes bilden, unterbrechen. Sobald aber die Kirmes kommt, wird dieser verlorene, traurige Winkel während dreier Tage, vom Sonntag bis zum Mittwoch, der Schauplatz eines ausgelassenen Karnevals und der Sammelort von tausend „Kirmesgeden“ aus den Städten und Dörfern in einem Umkreis von fünf Stunden.

Die Ankommenden können nur mit Mühe auf der Straße, auf der die Wesse aufgeschlagen ist, vorwärts bringen. Zwischen zwei Reihen von Baracken und Strambuden wogt und drängt und tummelt sich eine bunte Menge, die durch den zweiten Gang und das viele Essen und Trinken aufgeregter ist. Die Wagen sind gezwungen, am Eingange des Dorfes auszuspannen, obwohl die wilden Janssen dem Kutscher das Recht bestreiten zu haben glauben, einige Fußgänger zu überfahren.

Man wird ganz betäubt von dem Höllelärm, den jene wimmelnde Menge macht. Und dazu ertönen noch Trummeln, Gongongs, Klingeln, Tamburine, Schnarren und alle möglichen Instrumente. „Kantoor!“ macht Parade, wobei er sein mit Mehl gefärbtes Gesicht den Chuseigen und den Hinterteil den Fußtritten darbält.

(Fortsetzung folgt.)

Die korrupte Spirituswirtschaft. Die Agrarier beuten den Staat aus.

Schon zu wiederholten Malen hat der „28. Aiken“ im Laufe des letzten Jahres auf die ungeheuerlichen Zustände hingewiesen, die in der Spirituswirtschaft der tschechoslowakischen Republik eingegriffen sind. Nun schreibt das vorgestrichene „Rude Pravo“ ausführlich über die Korruption mit dem Vermögen, das dem Staate aus der Spirituswirtschaft erwächst. Es handelt sich da vor allem um die Uebernahmepreise aus dem Spiritus, über welche der Ministerrat vorerstern wieder einmal verhandelt hat. Diese ganze Angelegenheit wird als ein Spiel um hunderte Millionen bezeichnet, welche die Spiritusfabrikanten oder besser: die Herren des Verbandes der landwirtschaftlichen Brennereien vom Staate erpressen wollen. Der Spiritus steht bisher unter staatlicher Kontrolle. Der Staat übernimmt den Spiritus durch Vermittlung des Verbandes der landwirtschaftlichen Brennereien und der Ministerrat entscheidet über den Preis. Die Genossenschaft der landwirtschaftlichen Brennereien übergibt dem Staat 400.000 Hektoliter Spiritus, es handelt sich also um Riesensummen. Der Weltmarktpreis für 1 Hektoliter beträgt 150 Kronen, im vorigen Jahr betrug er 400 Kronen. Im vorigen Jahr hat jedoch der Staat dem Verband der landwirtschaftlichen Brennereien 1100 Kronen für den Hektoliter gezahlt. Die Staatsrevision erkannte aber als genügenden Preis 840 Kronen für den Hektoliter an. Der Staat hat im vorigen Jahr die Wirtschaft der Spiritusbrenner mit 90 Millionen für Spiritus überzahlt! Heuer hat der Verband der Spiritusbrenner noch größere Preise gefordert. Minister Stanek vertritt im Ministerrat einen so hohen Preis, daß dies gegenüber dem von der staatlichen Revision bestimmten Preis eine Ueberzahlung von 150 Millionen Kronen bedeuten würde. Da nun der Verband der landwirtschaftlichen Brennereien fordert, daß auch der Spiritus, der für den Export bestimmt ist zu diesem Preise bezahlt werde, so wäre das ein Geschenk von weiteren 80 Millionen Kronen. Auf diese Weise würde man 230 Millionen Kronen in den Taschen der landwirtschaftlichen Spiritusbrenner werfen. Der Verband der landwirtschaftlichen Spiritusbrenner ist eine Vereinigung von 350 Spiritusbrennern, welche dem Großgrundbesitz, dem Feudaladel angehören. Vorsitzender des Verbandes ist der Senatspräsident Kari Pradel, Vizepräsident ist Dr. Ralinský, Mitglied des Verwaltungsrates der Zivnosenska banka. Ein heftiger Protektor dieses Verbandes ist der Landwirtschaftsminister Stanek. Dafür sprechen auch die Berichte, welche das Leitorgan des Verbandes „Hospodarsky křovarnik“ über die zwölfte Generalversammlung am 1. März dieses Jahres veröffentlicht hat. Darin kann man lesen, daß der Vorsitzende der Versammlung in dem Erscheinen des Ministers ein gutes Zeichen für die Unterstützung der Bestrebungen des Verbandes erblickte. Dieser Verband ist in den Zeiten der Republik ungeheuer reich geworden. Noch im Jahre 1919, befah er kein Geld zum Kauf des Hotels „Zum goldenen Engel“, das damals zwei Millionen kostete. Jetzt hat er das Hotel um acht Millionen angekauft. Das „Rude Pravo“ veröffentlicht aus der Bilanz des Verbandes vom 31. August 1921 die Posten eines Reservefonds von 562.240 Kronen und eines speziellen Reservefonds von 1.831.945 Kronen. Außerdem sollen dort Ausgaben für Propagandazwecke von 11.804.399 Kronen vermerkt sein. Der Verband ist angeblich vom Finanzministerium revidiert worden. Durch die Revision habe man sichergestellt, daß der Verband vom Staate im vorigen Jahre 26 Millionen Kronen mehr erhalten habe, als er außer den vorgewiesenen Abfertigungen und Ausgaben den Spiritusherzeugern hätte zahlen sollen. Dem Verande habe man bei Strafandrohung ausgetragene, die Aufforderung zu erbringen, wohin diese 26 Millionen Kronen gekommen seien. Und dieser Verband fordert nun vom Staate hunderte Millionen! Das „Rude Pravo“ schließt seinen Bericht mit den Worten: „Eine ordentliche Revision des Verbandes und in nichts nachgeben — das ist das einzig Richtige. Die ganze Öffentlichkeit muß sich für dieses Spiel interessieren, wo um hunderte Millionen unseres Geldes gespielt wird!“

Ausland.

Ein Dolchstoß gegen die deutsche Arbeiterpresse.

Der Kampf auf Leben und Tod, den das gesamte deutsche Zeitungswesen zu führen hat, ist allgemein bekannt. Der bürgerlichen Presse geht es gewiß schlecht; aber immerhin, die Ullstein, Stinnes, Scherl und Konforten, die sie erhalten, werden überdauern und vielleicht noch an Wohlbehalt zunehmen, weil sie manches, um seine Existenz ringende Blatt, jüngst z. B. die „Tägliche Rundschau“, vergnügt verschlucken werden. Was soll aber die von keinem Kapitalbegnadeten gestützte Arbeiterpresse tun, wenn sie am 5. September die Mitteilung erhält, daß der Preis von 100 Kilogramm Papier auf 8400 Mark erhöht wurde und daß sie am selben 5. September die Augustrechnung und — im Vorhinein — die halbe Septemberrechnung zu begleichen habe? Woher nehmen und nicht stehlen, wo doch die Hauptmaßnahmen, die Gelber der Verschleißer und Inzerenten, erst im nachhinein einlaufen? Die neuesten Maßnahmen der deutschen Papierfabrikanten ist nicht bloß ein Ergebnis der Wirtschaftskrise; hier liegt eine Absicht zugrunde und zwar der Wille, die Arbeiterpresse, die den industriellen Organen nicht ruhig zuschaut, systematisch zugrunde zu richten.

Gegen Arbeitslosigkeit und Teuerung, für den Preisabbau!

Am Mittwoch und Donnerstag fanden in der ganzen Republik die von unserer Partei einberufenen Demonstrationsversammlungen gegen Arbeitslosigkeit und Teuerung, sowie für den Preisabbau statt. Bis jetzt sind uns Versammlungsberichte aus folgenden Orten zugekommen:

Kreis Karlsbad.

Im Einvernehmen mit der Kreisvertretung und der Kreisgewerkschaftskommission wurden im Laufe des gestrigen Tages in Karlsbad, Eger, Auerham, Uf, Elbogen, Falkenau, Fleischen, Grassitz, Joachimsthal, Neudek und Weipert Versammlungen abgehalten, die nach den bisher vorliegenden Berichten einen alle Erwartungen übertreffenden Verlauf nahmen. Der Eindruck der Kundgebungen war umso überwältigender, als die Arbeiter stundenlang im strömenden Regen durch die Stadt marschieren mußten und unbekümmert um das Wetter ausharrten. In Karlsbad, das ganz unter dem Eindruck der Kundgebung stand, hatten auch die Geschäfte geschlossen. Das Referat erstattete hier Abgeordneter Genosse Gillebrand vor einer vieltausendköpfigen Menge. In Eger sprach Genosse Wondral vor etwa 4000 Menschen, in Elbogen Abgeordneter Genosse Schuster vor etwa 6000 Menschen. In Falkenau, wo Genosse De Witte referierte, wurden 6000 Menschen gezählt, ebenso in Grassitz, wo Abgeordneter Palme sprach und in Neudek, wo die Versammlung von etwa 4000 Menschen besucht war. Hier erstattete Parteisekretär Genosse Lorenz das Referat. In Uf, wo die Versammlung im Saale des Arbeiterheimes stattfinden sollte, mußte, nachdem der Zugang so stark wurde, daß 1500 Menschen keinen Platz fanden, Genosse Scharing sein Referat abbrechen, worauf die Versammlung auf den Marktplatz verlegt wurde. Vor der Versammlung fand bei der politischen Behörde eine Beratung der Arbeitervertreter, Genossenschaftsvertreter, Industriellen und Kaufleute über jene Maßnahmen statt, die einen befriedigenden Preisabbau gewährleisten sollten. Es wurde eine paritätische Kalkulationskommission eingesetzt, die den Preisabbau durchzuführen wird. Auch die Beschwerden wegen Bemessung der Arbeitslosenunterstützung sollen geprüft werden. Aus allen Versammlungen wird übereinstimmend berichtet, daß die Stimmung der Arbeiterschaft, die von Unruhe über ihr weiteres Schicksal erfüllt ist, sehr erregt ist. In Karlsbad und Neudek versicherten denn auch die Vertreter der politischen Behörden, daß sie die Regierung auf den Ernst der Situation aufmerksam machen und Abhilfe verlangen werden. In Grassitz hatte sich der Arbeiterdeputation auch eine Abordnung der Industriellen angeschlossen, die der Regierung ebenfalls ihre Forderungen unterbreitete. Bei der Aussprache mit dem Chef der politischen Behörden, verteidigten sich die Arbeiter dagegen, daß die gegenwärtige Situation zu ungerechtfertigtem Lohnabbau benützt werde. — Eine entsprechend gehaltene Resolution, die die Forderungen der Arbeiter beinhaltet, wurde in allen Versammlun-

gen einstimmig zum Beschluß erhoben. Die Versammlungen verliefen überall durchweg ruhig und würdig.

Bräun.

Gestern abend tagte in der „Schwachater Bierhalle“ eine massenhafte besuchte Versammlung der sozialdemokratischen Partei, in der unter dem Vorsitz des Senators Genossen Polach gegen die herrschende Arbeitslosigkeit und die Teuerung in tschechoslowakischen Staate unter gespannter Aufmerksamkeit und öfteren spontanen Zustimmungskundgebungen der Anwesenden referiert wurde. Genosse Dr. Czech, der Redner des Abends, ging in seinem groß angelegten Wirtschaftreferat zunächst von den unannehmerlichen Rückwirkungen der Kriegszeit auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Europas aus und verwies darauf, wie durch die Friedensschlüsse nicht etwa die Möglichkeit geboten wurde, die durch den Krieg hervorgerufene Verwüstung der Wirtschaft wieder auszugleichen, sondern im Gegenteil das wirtschaftliche Chaos noch erweitert worden ist. Er kam nun speziell auf die Verhältnisse in der Tschechoslowakei zu sprechen, wies in klarer Weise die verkehrte Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei nach, die anstatt an ihre natürlichen Abhängigkeiten, vor allem an Deutschland und Österreich, zu denken, die wirtschaftliche Anlehnung an die Kleine Entente und an Frankreich anstrebte. Er wies auf die sich daraus ergebende wirtschaftliche Verelendung der Republik hin, die besonders durch die unsinnige Politik Masins gegenwärtig zu einer Katastrophe geführt hat. Masin strebte die Isolierung der tschechischen Krone an, erreichte aber damit, was die gegenwärtigen Entlassungen und Einstellungen in der Industrie beweisen, die Isolierung des gesamten Wirtschaftslebens der Tschechoslowakei. Das hat einerseits zur Folge, daß trotz des Steigens der Krone Anhalten der ungeheuerlichen Teuerung, die Unmöglichkeit des Exportes und damit eine unfähigkeitskräftige Perspektive für das geistige und Handproletariat. Seine Ausführungen, die mit großem Beifall aufgenommen wurden, schloß Genosse Dr. Czech mit der Hoffnung, daß die Not der Zeit das zerklüftete Proletariat in eine einheitliche Balance zurückzuführen werde. Es wurde hierauf der vom Genossen Czech verlesene Antrag nach einem Dankeswort des Genossen Polach angenommen. Der Antrag lautet:

1. Die heutige Versammlung macht die am 5. Juli d. J. von der Konferenz der drei Gewerkschaftsorganisationen zur Wirtschaftskrise gefassten Beschlüsse zu ihren eigenen und erklärt voll und ganz auf dem Boden dieser Beschlüsse zu stehen.
2. Sie richtet an das Präsidium des Abgeordnetenhauses die dringlichste Forderung auf die sofortige Einberufung des Parlamentes zur Beratung und Beschlussfassung der mit Rücksicht auf die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit notwendigen gewordenen Maßnahmen.
3. Sie beauftragt das Präsidium dieser Versammlung zur Einberufung einer Abordnung zu den Landes- und lokalen Amtsstellen zwecks Herbeiführung einer Aussprache über die von den Behörden zur Linderung des Notstandes ungenügend zu treffenden Vorkehrungen.

Telegramme.

Das österreichische Problem vor dem Völkerbund.

Genf, 6. September. (Tsch. B.) Das gesamte Interesse der Teilnehmer der Völkerbundkonferenz konzentriert sich heute auf die österreichische Frage. Man ist sich dessen bewußt, daß in jedem Falle geholfen werden soll. Die österreichische Frage gelangte dadurch auf einen realen Boden, daß man sich über ihre politische Tragweite klar ist. Die ökonomischen und finanziellen Mißverhältnisse und Mängel Österreichs sind roten klar zu Tage. Jeder Versuch einer Hilfe wird an die Bedingung der Beseitigung dieser Schwierigkeiten gebunden werden. Dr. Seipel wurde klar zur Kenntnis gebracht, worauf Österreich diesbezüglich vorbereitet sein und wie es handeln müsse. Die Rede Seipels wurde im ganzen günstig aufgenommen, da sie zwischen den Zeilen die Anerkennung dieser Voraussetzungen enthielt. Sie hat namentlich selbst die Kontrolle Österreichs ausdrücklich gefordert (1). Jeder Rettungsversuch Österreichs kann eben nur unter wirksamer Kontrolle erfolgen. Österreich muß die innere Sicherheit und Ruhe gesichert und verbürgt werden. Ohne diese innere Sicherheit ist eine wirksame finanzielle Kontrolle nicht möglich. Österreich keine finanzielle Hilfe erlangen. Das alles gibt der österreichische Delegierte de facto zu und er stimmt dem bei. Es handelt sich nun darum, die Formen für die Kontrolle und die Art und Weise zu finden, wie die Finanzkontrollkommission zu bilden und wie die Österreich aufzuerlegenden Bedingungen zu sichern sind, damit eine Anleihe zustandekommen kann. Das vollständige Fiasco der Meldungen und Drohungen über eine Zollunion tritt dadurch am deutlichsten hervor. (Und ebenso die Stimmungsmache dieses offiziellen Berichtes. D. Red.)

Post- und Telegraphenstreit in Polen.

Warschau, 7. September. (Tsch. B.) Gestern ist hier der Streit der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten ausgebrochen. Heute haben sich dem Streik auch die Funktionäre der Post in Krakau angeschlossen. Gemäß einem Beschlusse des Streikkomitees wird der Streik Oligallien aus politischen Gründen nicht umfassen. In Warschau haben militärische Abteilungen den Telegraphendienst übernommen. Der Streik ist infolge der Ablehnung der Forderungen nach Gehaltserhöhungen ausgebrochen.

Warschau, 7. September. Der Post- und Telegraphenstreik hat sich auf ganz Polen mit Ausnahme des Lemberger und Stanislawer Bezirkes ausgebreitet. Der Streik ist nur für Staatsgebrauch tätig. In Warschau wurden Abteilungen der freiwilligen Bürgerwehr gebildet, welche den notwendigen Postverkehr aufrechterhalten.

Die belgisch-deutschen Reparationsverhandlungen.

Paris, 6. September. (Tsch. B.) Bemelmans sprach dem Berliner Berichterstatter der „Agence Havas“ gegenüber die Ueberzeugung aus, daß die deutsche Regierung ernsthaft und genügende Sicherheiten bieten kann, die Belgien davon entbinden werden, die Goldreserve der Reichsbank in Anspruch zu nehmen, ein Mittel, zu dem Belgien nur im äußersten Falle unsere Zusucht nehmen würde. Wenn man demnach diese Reserve ergreifen müßte, so würde es sich nur um einen äußerst geringen Betrag handeln. „Ich bin“, sagte Bemelmans, „Optimist und glaube, daß die Verhandlungen sehr rasch fortschreiten werden. Ich rechne damit, daß wir Samstag nachmittag wieder abreisen können.“

Der Buchdruckerstreik in Wien.

Wien, 7. September. (A. B.) Der Buchdrucker- und Schriftsetzerstreik dauert unverändert an. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen erfolgt Samstag vormittags.

Die polnisch-russische Grenze.

Warschau, 6. September. (Pol. Telegraph. Ag.) Die gemischte polnisch-russische Grenzkommission hat in einer Plenarsitzung am 5. d. M. ihre Arbeiten beendet und die Frage der Festsetzung der Grenze zwischen der russischen Sowjetrepublik, Weißrußland und der Ukraine einerseits und Polen andererseits von der Dvina bis zum Dniester definitiv gelöst. Gegenwärtig finden die Verschiebungen der beiderseitigen Grenzposten statt. Mitte September wird die Uebergabe der einzelnen Grenzabschnitte an die Verwaltungsbehörden erfolgen.

Ranfen über Rußland.

Genf, 7. September. In seiner in der heutigen Sitzung des Völkerbundrates gehaltenen Rede führte der norwegische Delegierte Ranfen in bezug auf die Lage in Rußland aus: Wenn auch die Ernte in diesem Jahre wesentlich besser sei, stehe die Welt immer noch vor einer katastrophalen Lage, die nicht einfach durch Werke der Nächstenliebe, sondern nur durch eine gemeinsame Wiederaufrichtung Rußlands behoben werden könne. Im Zusammenhang mit der Hungersnot wies Ranfen von neuem auf die Epidemielage hin.

Bitza nicht in Steinamanger.

Budapest, 7. September. (A. B.) Gegenüber der Meldung der „Prager Abendzeitung“, wonach Königin Bitza sich in Steinamanger aufhalte, stellt das U. T. R. B. auf Grund von Entschuldigungen in Steinamanger selbst fest, daß die Meldung nicht den Tatsachen entspricht.

Religion.

Gott. Wo hab ich dich zuletzt gewahrt?
Im Wehen lauer Morgenwinde?
Im Händebuck von meinem Kinde?
Stets, wenn ich keine Worte finde,
Daß du dich herrlich offenbart.
Karl Bröger.

Die Erde beb und der Himmel brennt. Das ist die Lage, in der wir uns heute befinden. Der Boden, der vielen so sicher unter den Füßen schien, ist ins Wanken gekommen, die Werte, die vielen unwandelbar dünkten, sind ihres Nimbus entleert. Wohin wir auch blicken, überall Zusammenbruch, in Wissenschaft, Kunst, Pädagogik, Politik. Aber auch ein inbrünstiges Suchen! In diesem Prozeß ist auch Kirche und Religion hineingestellt. Dabei vermögen wir wenigstens nicht bloß das Negative zu schauen. Das Positive, das auch stark ist, ja teilweise in Flammenglut emporsteht, ist eine wunderbare Sehnsucht, die durch die Welt zieht und die Besten erfasst hat. Diese Sehnsucht war und ist trotz allem bestimmt noch heute der Flügel Schlag der proletarischen Bewegung. Der Arbeiterdichter Bartel ist es, der seinen Janfanten in die Welt hinausstößt:

Wir wollen neu die Welt erbauen!
Flammst dieser Spruch aus unserm Lied
Und wir marschieren Glied an Glied
Und sind voll stürmischen Vertrauen.

Dabei ist es bezeichnend, daß die von neuer Sehnsucht Erfassten frühling suchen mit dem, was Religion genannt wird. Durch weite Kreise geht ein neues religiöses Ahnen, wenn es auch noch ganz im Unbewußten stehen mag. Man wird ringen um eine Neubegründung dessen, was Frömmigkeit heißt. — Heute weiß unser Geschlecht, daß Kirche und Religion nicht dasselbe ist, weiß es, daß die Kirche nur ein Versuch ist, der Religion ein Kleid zu geben und ihren Gehalt in ein Gefäß zu gießen“. Vielleicht wird es die Religion selber sein, die immer mehr die Gefäße zerprengt, so daß der Tag kommt, wo sie aus der Enge in die Weite schreitet, aus den Kapellen in die Welt. Die Engigkeit, wie sie uns in der dogmatisch-konfessionellen Gebundenheit entgegentritt, war ein Kennzeichen der alten Frömmigkeit. Die neue Frömmigkeit wird sich darüber klar sein, daß Religion nie eine Lehre von Gott, ein Bericht von wunderbaren Dingen der Vergangenheit oder eine feste Einrichtung ist:

Ich habe das Kleine und liebe das Große,
das Unbegreifbare lockt mich an. . . Steig mit der Sonne, brau' mit den Stürmen! Sehe die Sehnsucht immer als Pfand. Wo ist die Grenze? Wo ist ein Halten? Nirgendes. Erober den Horizont! Uns muß die neue Art der etwas Großzügigen und Weitherigen sein, etwas, was uns emporreißt aus den Niederungen und hinausschleift auf Bergeshöhen, eine Sache voll heifer Leidenschaft und heißen Lebensblutes. Das andere Kennzeichen des neuen Verständnisses der Religion ist ihr erdwärts gerichteter Charakter. Das neue religiöse Erleben wendet sich nicht mehr von der Erde weg in den „Himmel“, sondern gerade der Erde zu, an ihre ewige Bestimmung glaubend, für ihre Vollendung hoffend, an ihrer Neugeschaltung arbeitend. Das Ziel der religiösen Sehnsucht, die Neuorientierung der Religion richtet sich auf den Menschen, den einzelnen, der äußerlich befreit und innerlich erlöst werden soll, und auf ein neues Menschentum, das keinen Haß und keinen Kampflampf mehr will, das über sich selbst allmählich in knospende Zukunftsverheißungen wächst:

Wir wollen der Erde neue Gewichte geben,
die Liebe aufrichten aus ihrem tiefsten Fall
und alle fänden: Heilig der Mensch und dreimal heilig das Leben!

Der Völkerbund und die tschechische Valutapolitik.

In Kaschau herrscht Willkür und Korruption. In gleichem Maße wie in Böhmen, Mähren und Schlesien die Wirtschaftskrise sich tagtäglich verschärft, wächst sie auch in der Slowakei und in Karpathenrußland ins Ungeheure. Tausende Arbeiter sind dort gleichfalls brotlos geworden. In all diesen Mühlen, welche die Arbeitererschaft in der Slowakei infolge der Arbeitslosigkeit zu ertragen hat, kommen noch die beinahe unerhörten Schikanen der Polizei und Gendarmen, deren Offiziere sich nicht scheuen, mit allen Mitteln der Korruption und der Willkür die Arbeitererschaft niederzuhalten und zu jedem Widerstande unfähig zu machen. Vor allem ist es der berüchtigte Klima aus Kaschau, der nicht nur die ihm zur Verfügung stehende bewachtete Macht, sondern auch seinen Einfluß in den amtlichen Blättern „Slovenský Bychod“ und „Magyar Hirlap“, dazu benützt, um die Arbeitererschaft in Kaschau und Umgebung ununterbrochen aufzureizen. So erschien er vor einigen Tagen im Sekretariat der kommunistischen Partei in Kaschau und erklärte, daß er die Räumlichkeiten für Wohnzwecke werde beschlagnahmen müssen. Als gegen dieses unerhörte Vorgehen Klima in Kaschau Parteiversammlungen stattfinden sollten, wurden sie von Polizisten mit brutaler Gewalt gesprengt. Die kommunistische Parteileitung in Kaschau hat hierauf im „Munkas“ einen offenen Brief veröffentlicht, der auf die Verhältnisse in Kaschau ein bezeichnendes Licht wirft und in dem Dr. Rumann, Zupan in Kaschau, und der Polizeidirektor Dr. Klima beschuldigt werden: Sie hätten mit der Summe von fünf Millionen Kronen aus Staatsgeldern in Kaschau eine Druckerei errichtet, die sich mit der Verbreitung von Propagandaschriften befaßt. Mit ähnlichen Mitteln wurde in Kaschau die Zeitung „Slovenský Bychod“ gegründet, die bis heute zehn Millionen Kronen Steuergelder verschlang. Das magyarische halbamtliche Blatt „Slovenský Bychod“ kostete die Regierung zwei Millionen Kronen; bei seiner Einstellung wurden dem Redakteur Dr. Kenedy 400.000 Kronen als Entschädigung ausbezahlt. Hierauf gründeten die beiden Herren den „Magyar Hirlap“, der wie der „Slovenský Bychod“ gleichfalls täglich erscheint. Beide Blätter kosteten die Regierung 400.000 Kronen monatlich. Insgesamt wurden bisher 17.008.000 Kronen für „Staatsverhaltende“ Propagandazwecke in Kaschau ausgegeben. — Auf diese Weise wird verständlich, wie die Regierung nicht die Mittel dazu besitzt, der Arbeitslosigkeit durch entsprechende Maßnahmen wenigstens teilweise zu steuern. Denn „Staatsverhaltende“ Propaganda ist ja wichtiger.

Ist einem Kerikalen Abgeordneten alles erlaubt? Nach dem Gesetze vom 17. Feber 1922 dürfen bei Tanzunterhaltungen keinerlei alkoholische Getränke außer Bier und Wein verabreicht werden. Dieses Gesetz gilt anscheinend für den Kerikalen Abgeordneten Franz Navrátil nicht. Denn dieser Volksvertreter, der in Kaschau bei König in Mähren eine Gastwirtschaft besitzt, ließ bei einer Tanzunterhaltung, die am 26. August in seinem Gasthausgarten stattfand, alkoholische Getränke jeder Art ausreichen, ohne sich im geringsten um das eingangs zitierte Gesetz zu kümmern. Für einen Kerikalen Abgeordneten gilt jedenfalls ein Gesetz nur dann, wenn es ihm persönliche Vorteile verschafft. Vor den Behörden braucht er sich ja nicht zu fürchten, nachdem doch in diesem Staate ein „hoher“ Kerikal Herr ohnehin schon tun kann, was er will.

Die diesjährige Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper in der tschechoslowakischen Republik findet am 30. September und 1. Oktober l. J. in Gablonz an der Neiße statt. Die Tagesordnung enthält unter anderem folgende Verhandlungsgegenstände: Der Kampf um die Selbstverwaltung (Berichterstatter Abgeordneter Karl Cermak und Abgeordneter Dr. Rudolf Lodgmann-Auen) — Die finanzielle Lage der deutschen Selbstverwaltungskörper (Berichterstatter Bürgermeister Leopold Bözl, Auffsig und Bürgermeister Dr. Ernst Walther - Tepitz) — Der Kampf zwischen Staat und Gemeinden um den Wald (Berichterstatter Bürgermeister Dr. Ernst Storch - Komotau) — Der Schulkampf. — Praktische Anwendung des Bauförderungsgesetzes bei den Gablonzer Wohnungsbauten (Berichterstatter Stadtrat Adolf Jäschke - Gablonz) — Jugendfürsorge der Gemeinden usw. — Freitag, den 29. September findet im Saale der Turnhalle in Gablonz ein von der Stadtgemeinde veranstalteter Begrüßungsabend statt; Samstag, den 30. September als Festvorstellung im Stadttheater: „Wilhelm Tell“, Schauspiel von Friedrich Schiller.

Elektrifizierung auf genossenschaftlicher Grundlage. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper in der tschechoslowakischen Republik beruft gemeinsam mit dem deutschen Zweverbande der Elektrizitätsgenossenschaften und Werk-Mährens und Schlesiens, reg. S. m. b. H. in Jägerndorf, für Sonntag, den 10. September 1922, 9 Uhr vormittags, nach Jägerndorf in Schlesien, Hotel „Tiroler“, eine Versammlung der Interessenten an der systematischen Elektrifizierung Nordmährens und Schlesiens mit folgender Tagesordnung ein: 1. Die staatliche Elektrifizierung und ihre Folgen. 2. Die Ziele des Zweverbandes und die Elektrifizierung auf genossenschaftlicher Grundlage. — An dieser Tagung werden auch Vertreter sämtlicher deutscher parlamentarischer Parteien teilnehmen.

Ein Kongreß mit — 15 Teilnehmern. Bei der Eröffnung der Prager Wüstermesse veranstaltete die Partei der Gewerbetreibenden eine ganze Reihe von Kongressen, die jedoch einen direkt lächerlichen Besuch aufzuweisen hatten. So kamen zum Kongreß der Eisenhändler und Handwerker, auf dem die Schlosser, Schmiede, Klump-

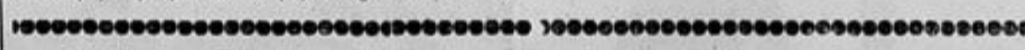
Genf, 6. September. (Tsch. B.) In der heutigen Sitzung des Finanzkomitees ersuchte der Vorsitzende bei Erörterung der Währungsfrage den Direktor Rospischi, über die gegenwärtige Währungssituation in der Tschechoslowakei, welche insbesondere im Hinblick auf das in der letzten Zeit erfolgte Steigen der tschechoslowakischen Krone die besondere Aufmerksamkeit auf sich lenkt, Bericht zu erstatten. Direktor Rospischi rekapitulierte kurz die bisherige Entwicklung und erklärte, daß das Steigen der tschechoslowakischen Krone keine Folge spezifischer künstlicher Maßnahmen der Regierung oder der Zettelbank sei. Nach der Realisierung der ausländischen Anleihe durch die Tschechoslowakei habe sich das Vertrauen zur tschechoslowakischen Republik gestärkt und ihre bisherigen Bemühungen nach einer geordneten Finanzwirtschaft und der politischen Konsolidierung wurden selbst in entfernteren, weiteren Kreisen bekannt. Sicherlich habe die letzte große Devalve der Mark die Folgen dieses Zustandes beschleunigt und es scheint nicht zweifelhaft zu sein, daß sich in dieser Bewegung teilweise auch eine Flucht vor der Mark zeige. Es sei begreiflich, daß der Aufstieg der Krone bei der industriellen und Ausfuhrfrage, welche schon an und für sich nicht die beste sei, in den Produktionskreisen Erregung hervorgerufen. Wenn die tschechoslowakische Industrie bei diesem Währungsstande auszufähig sein solle, müsse diesem Aufstieg der Krone eine entsprechende Herabsetzung der Preise des inländischen Marktes folgen. Die überfische Konkurrenz und die außerordentlich gute Kartoffelernte sowie andere Umstände kündigen eine sehr wesentliche Herabsetzung der Rohpreise und anderer sehr wichtiger Nahrungsmittel an. Der landwirtschaftliche Stand werde für diese Periode hievon empfindlich betroffen sein, doch bestehe kein Zweifel, daß, wenn sich die innere Kaufkraft der Krone der gesteigerten internationalen Parität anpassen solle, das Sinken der Preise der Lebensbedürfnisse eine unbedingte Notwendigkeit sei.

Als besonders wichtige Erscheinungen müsse man in diesem Zusammenhange anführen, daß der Zentralausschuß des Verbandes der tschechoslowakischen Industrie-

len sich einmütig für die Beibehaltung der bisherigen valutapolitischen Linie in einer Resolution ausgesprochen habe, die gelegentlich der Aussprache über die durch den Aufstieg der Krone verursachte Situation beschlossen worden sei. Es sei ein großer Fortschritt, daß sich bei einer solchen Situation aus diesen Kreisen auch nicht eine einzige Stimme für eine Herabsetzung des Kronenkurses auf dem Wege der Inflation erhoben habe, sondern, daß die vom Ausschusse des industriellen Verbandes formulierten Forderungen insgesamt auf dem Boden stehen, auf welchem sich die Brüsseler Konferenz gestellt hat, und an welchen das Finanzkomitee seit diesem Zeitpunkte konsequent festhält. Dr. Rospischi teilte hierauf den Inhalt der Resolution der Industriellen mit.

Die Forderung der industriellen Kreise nach Ersparungen in der Staatsverwaltung wird von der Regierung selbst geteilt und es besteht kein Geheimnis darüber, daß in der nächsten Parlamentssession die Regierung und die Vertreter der Parlamentsmehrheit ihre Bemühungen in dieser Richtung konzentrieren werden. Es wird insbesondere daran gedacht, die Budgetierung der Staatsbetriebe, die Eisenbahnen inbegriffen, so zu reformieren, daß das Prinzip der Selbstdeckung ihrer Bedürfnisse leicht durchgeführt werden könnte.

Der Aufstieg der Krone hat die öffentliche Diskussion über die Fragen der Valutareform in bedeutendem Maße angeregt. Insofern aber keine entscheidenden Grundrissen zur befriedigenden Lösung einiger großer internationaler Fragen wie interalliiierter Schulden und Reparationen geschaffen sind, insofern der Weltmarkt nicht in einem hinreichend großen Teile der Welt stabilisiert wird und insofern man insbesondere in den Nachbarländern mit stark entwerteter Valuta nicht zu wirksamen Reformmaßnahmen greifen wird, ist es wenig wahrscheinlich, daß die Lage der tschechoslowakischen Währung als reif zur Einführung der Goldwährung erachtet werden könnte, wiewohl ihre Einführung in einem geeigneten Zeitpunkt das feste Ziel der tschechoslowakischen Regierung und Zettelbank ist.



ner, Sichelmacher, Goldarbeiter, Mechaniker etc. vertreten sein sollten, bloß — 15 Delegierte. Ein ähnliches Schicksal blühte dem Kongreß der Installateure, zu dem sich 30 Teilnehmer einfanden. Selbst der Kongreß der Kaufleute, deren es doch zumindest in Prag selbst eine Unzahl gibt, war sehr stiefmütterlich bedacht. Den Saal auf der Sofieninsel „füllten“ 50 Besucher. Jedemfalls auch keine repräsentative Menge.

Die Tschechoslowakische Kirche darf Matrizen führen. Das Ministerium des Innern hat mit Erlaß vom 5. Juli 1922 die poltische Landesverwaltung in Prag und Brünn ermächtigt, den Seelsorgern der tschechoslowakischen Kirche — falls deren einzelne Gemeinden darum ansuchen — das Recht zu erteilen, vom Tage der Gründung der Gemeinde die Matrizen über Geburten, Eheschließungen und Todesfälle der eigenen Anhänger selbst zu führen.

25.294 Waisenkinder in Jugoslawien. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat bei der Ausstellung in Brinn eine Reihe von Diagrammen veröffentlicht, die sich mit der sozialen Fürsorge für die jugoslawischen Waisenkinder beschäftigen. Jugoslawien, das durch den Weltkrieg furchtbar gelitten hat, weist eine traurige Statistik der Waisenkinder auf: 25.294 Vollwaise und 97.613 Halbwaise. Die Waisenkinder unter zwölf Jahren werden in erster Linie den Verwandten zur Pflege übergeben. Die Kosten trägt der Staat. Kinder, die bei Verwandten oder sonstigen Familien nicht unterkommen, werden in Waisenhäusern untergebracht. Kinder, die über zwölf Jahre alt sind, werden den staatlichen Handwerkerwerken, deren es in Jugoslawien bereits zahlreiche gibt übergeben. Für geistig zurückgebliebene Kinder hat Jugoslawien eigene Heime errichtet. Auch die Invaliden-Kinder werden in eigenen orthopädischen Anstalten erzogen. An der Adria wurden gleichfalls eigene Bäder für kranke Waisenkinder hergerichtet. Die ausgestellten Diagramme enthalten eine ganze Fülle von Photographien, auf denen die Kinderasyle sowie deren Einrichtungen im Bilde festgehalten sind. — Für das Verhältnismäßig wenig Einwohner zählende Jugoslawien ist die Zahl von 25.294 Vollwaisen geradezu furchtbar.

Morde. Am 4. d. M. wurde die 64-jährige Hauslerin Anna Hladel aus dem Einzelhof „Boží“ bei Caslau ermordet gefunden. Wie sichergestellt wurde, war der Mord am vorhergehenden Tage erfolgt. Der Täter war auch in die Wohnung eingedrungen und hatte alles durchwühlt. Geld fand er nicht, da es versteckt war. Die Gendarmrie erfuhr, daß am kritischen Tage ein Arbeiter bei der Hladel die Wohnung gemietet habe. Dieser wurde verhaftet und obwohl er die Tat leugnet, in der Haft belassen. — Im Walde bei Schonow wurde am 3. d. M. die Magd Marie Rischblau ermordet. Das Mädchen kehrte vom Besuch bei ihren Eltern in Bierhöf (Breslau) zurück, wurde in der Nähe der Grenze überfallen und nachdem es ermordet war, beraubt. Als Täter kommen die deutschen Reichsangehörigen Erwin Gornický und Max Jange in Betracht.

Kleine Chronik.

Eine Bergwerkskatastrophe in England.

Bisher 24 Bergleute als Leichen geborgen. Bei einer großen Bergwerksexplosion in Whitehaven an der Cumberlandküste wurden 40 Arbeiter in einem Schacht unter Steinkohlen verschüttet. Bisher sind 24 Leichen geborgen worden. Es besteht wenig Hoffnung auf Rettung der übrigen. Die Bergungsarbeiten werden durch Sijigase erschwert; zahlreiche am Rettungswork beteiligte Bergleute wurden benimmungslos an die Oberfläche gebracht.

Explosion eines Flugzeuges in der Schweiz.

Nobio (Tessin), 7. September. (Schw. D.-A.) Das Flugzeug eines Teilnehmers an dem Flugmeeting der Züricher Flugwoche fing Feuer, explodierte und stürzte ab. Der verunglückte Piloter ist wahrscheinlich der Franzose Eschard. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Zugzusammenstoß bei Dortmund. Beim Einlaufen in den Bahnhof in Dortmund stieß der von Langendreer kommende Personenzug auf einen im Bahnhof haltenden Mühlzug. Zwei Wagen des Mühlzuges wurden auf den Bahnsteig geschleudert. Ein Eisenbahnarbeiter aus Gütersloh wurde getötet, 19 Personen verletzt. Der Verkehr wird durch Umleitung aufrechterhalten.

Irland und die irische Sprache. Im Verfassungsentwurf des irischen Freistaates heißt es unter anderem: Die nationale Sprache ist Irisch, aber auch das Englische soll als Amtssprache anerkannt werden. Danach könnte es erscheinen, als wenn das irische Volk (abgesehen vielleicht von Ulster) auch durchwegs irisch spreche, und so nehmen wohl auch sonst die meisten an. In Wirklichkeit ist das aber durchaus nicht der Fall! Das Irische gehört zu den sogenannten keltischen Sprachen, die mit dem italienischen Sprachstamm (Lateinisch usw.) enger verwandt sind und sich zu Beginn unserer Zeitrechnung über Frankreich, Belgien, Süddeutschland (teilweise), den größten Teil Oberitaliens und die britischen Inseln erstreckten. Auf dem Festland ist von diesen Sprachen nichts mehr außer dem Bretonischen vorhanden. Dieses wird in der Bretagne (Nordwestfrankreich) gesprochen, stammt aber auch von Einwanderern aus den britischen Inseln. In Großbritannien mußte das Keltische ebenfalls immer mehr vor dem Englischen zurückweichen, in Schottland wurde 1901 das Schottische (Gälische) von etwa 250.000, das Kymrische in Wales von etwa einer Million gesprochen, von denen aber je drei Viertel zweisprachig waren, d. h. auch Englisch gebrauchten. Nur das Kymrische scheint sich auf gleicher Höhe zu halten. Im allgemeinen aber nimmt die Zahl der keltischen Sprachen Sprechenden immer mehr ab, das gilt besonders auch für das Irische. Dieses wurde 1840 in Irland noch von mehr als drei Millionen gesprochen. Die Hungersnot in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, die besonders die Landschaft mit irisch sprechender Bevölkerung betraf, fügte dem Irischen den größten Schlag zu. Ein großer Teil der Bevölkerung mußte auswandern (nach den Vereinigten Staaten), und auch in den folgenden Jahrzehnten war der Auswandererstrom verhältnismäßig groß. Die Auswanderer nahmen selbstverständlich fast alle größtenteils die Sprache ihrer neuen Heimat, nämlich Englisch, an. Aber auch in Irland selbst verlor und verliert das Irische immer mehr an Boden. 1901 wurde es nach der Statistik von etwa 620.000 Menschen gesprochen, von denen nur 21.000 Irisch allein gebrauchten, während die anderen auch Englisch sprachen. Seit 1901 hat die Zahl der irisch Sprechenden nicht zugenommen, höchstwahrscheinlich sogar weiter abgenommen; denn die irische Sprache ist infolge eigenartiger Anlaufsgehe und auch aus sonstigen Gründen schwierig zu erlernen, und einmal verlorenes Gebiet vermag sie nicht wiederzuerobern. Irland hat gegenwärtig etwa 4,4 Millionen Einwohner, von denen also ein Sechstel irisch spricht. Für den Freistaat allein würde das Verhältnis nicht viel besser sein, da auch in Ulster von über 90.000 irisch gesprochen wird. Was schon erwähnt, würde das Irische, auch bei umfassenderem Schulunterricht, sich nicht weiter ausbreiten; demnach wird auch in dem „Irischen Freistaat“ das Englische die Hauptsprache sein. Die alte irische Literatur ist nicht nur an sich von hohem Interesse, sondern noch mehr durch ihre Einwirkung auf die altfranzösische und damit auch die mittelhochdeutsche Literatur (hauptsächlich der Sagenkreis von König Artur und seiner Tafelrunde). Es sei nach bemerkt, daß Irisch in einer besonderen, teilweise aus dem lateinischen Alphabet umgebildeten Schrift geschrieben wird.

Die Arena des Commodus. Bei den Ausgrabungen, die gegenwärtig bei Civita Ravinia, dem alten Lanuvium am Südrand der Albaner Berge, ausgeführt werden, sind kürzlich die Reste eines römischen Amphitheaters aufgedeckt worden, das als eines der größten der bisher bekannten römischen Bauwerke dieser Art zu gelten hat. Lanuvium war eine der ältesten lateinischen Städte; an den Ringen seiner Mauern hat der Sage nach Aeneas sein Schiff festgemacht, als er in Italien landete. Hier wurde Kaiser Antoninus Pius geboren, und hier hielten sich auch die Kaiser Marcus Aurelius und Commodus häufig auf. Diesen, der wie man weiß, Befriedigung für seinen Ehrgeiz darin suchte, öffentlich als Gladiator aufzutreten, kann man sich also als Ringkämpfer in dem neuentdeckten Amphitheater vorstellen.

Ein Mord bei Budweis.

Die Gemeinde Trebotoví bei Budweis wurde am letzten Sonntag durch einen bisher nicht aufklärten Mord in Aufregung versetzt. Der 65-jährige Ausgebirger Scheicher wurde in seiner Wohnung tot aufgefunden. Er hing mit zertrümmerter rechter Schläfe an einem Strid und die Gerichtskommission stellte fest, daß der Tote vermutlich vorher mit einer Art erschlagen und dann aufgehängt worden war, um den Anschein zu erwecken, daß er sich selbst erhängt habe. Sofort wurde der Verdacht laut, daß vielleicht der Häusler und Spekulant Badrt den Scheicher ermordet habe, der dem Scheicher ein Ausgebirge zu entrichten verpflichtet war, aber dies sehr ungerat und unregelmäßig zahlte, sodas Scheicher ihm schon mit der gerichtlichen Klage drohte. Die Gendarmrie nahm bei Badrt eine Hausdurchsuchung vor und fand an dem Anzuge eines seiner beiden Söhne Blutspuren. Der jüngere Badrt wollte diesen Umstand damit aufklären, daß er auf eine Senfe gefallen sei, sich verwundet und mit Blut bespritzt habe. Da seine Aussage verdächtig erschien, wurde der Verdachte zur Untersuchung in das Budweiser Krankenhaus überstellt, wo festgestellt wurde, daß die Wunde nicht von einer Senfe, sondern von einem Messer herrühre, und daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß die Verwundung absichtlich beigebracht worden sei, um die Blutspuren an dem Anzug des jungen Badrt zu erklären. Infolgedessen wurde der ältere Badrt mit seinen Söhnen verhaftet und alle drei dem Kreisgerichte in Budweis eingeliefert. Badrt, der Gemeindevater in Trebotoví ist, hatte bereits mehrfach Anstände bei Gericht.

Telephon-Fach-Register. Die Post- und Telegraphen-Direktion teilt mit: Die Redaktion der Kennziffer des Telephonverzeichnis des Prager Telephonnetzes, und zwar sowohl des alphabetischen Verzeichnisses als auch des Telephon-Fach-Registers wird mit Ende des Monats September l. J. abgeschlossen werden. Es sind demnach Anmeldungen zur Aufnahme in das Telephon-Fach-Register längstens bis zum 20. September l. J. bei der Firma „Propaganda“, Injektionsanstalt, ul. Elišky Krásnohorské 14 n (Telephon Nr. 5140 und 9919), vorzunehmen. Wer von den Teilnehmern bis zu diesem Zeitpunkt die bezügliche Anmeldung bei der genannten Firma nicht macht oder die entfallende Gebühr nicht entrichtet, wird in das Telephon-Fach-Register überhaupt nicht aufgenommen werden.

Waren aus der staatlichen Bekleidungsaktion. Um den Verkauf billiger Schuhe und Textilwaren, deren Preise gemäß Ermächtigung des Finanzministeriums ungewöhnlich rasch herabgesetzt wurden, zu ermöglichen, wurde die Postverkaufsstelle, Textilabteilung, Prag I, Herrengasse Nr. 1, Parfumsloster, mit dem Verkauf beauftragt. Die Waren können von allen Staatsangestellten und Lehrern auf Vorweis der amtlichen Legitimation oder des Abnahmestempels der Bekleidungsaktion gekauft werden. Im Hinblick auf die Schließung aller Verkaufsstellen der staatlichen Bekleidungsaktion werden die Staatsangestellten und Lehrer auf diese günstige Einkaufsmöglichkeit aufmerksam gemacht.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Teurerer Spiritus. Im gestrigen Ministerrat sind, wie das „Ceske Slovo“ meldet, endlich die Spirituspreise festgesetzt worden. Folgende Preise wurden genehmigt: für industrielle Brennereien 735, für eine Raffinade 133, für landwirtschaftliche Brennereien 1049. Das Blatt schreibt dazu: „Trotz aller Einwände, welche die Zeitungen gegen diese übertriebenen Preise vorgebracht haben, wurden diese genehmigt. Die sozialistische Warnung vor einer solchen Verteuerung des Spiritus in der Zeit des allgemeinen Preisturzes und bei einer noch nie dagewesenen Kartoffelernte, erlangt also vergebens. Die Agrarier haben das Jähre durchgesehen. Es gibt einen solchen Ueberfluß an Kartoffeln, daß man an einen Export von sogar zehn Millionen Meterzentner denkt — und trotzdem werden wir teureren Spiritus haben... Ist der Staat dazu da, um die unrichtmässigen Gewinne der Spiritusmillionäre zu schützen und die Verteuerung zu feigern?“

Gesellschaftliche Neuregelung der Kohlensteuer. Wie die Blätter melden, beabsichtigt die Regierung eine Neuregelung der Kohlensteuer und der Kohlenpreisbildung auf gesellschaftlichem Wege herbeizuführen. Namentlich soll die Preisstellung vereinfacht werden, denn bei den gegenwärtigen Grundfragen muß sich das Arbeitsministerium mit jeder kleinen Aenderung befassen. In dieser Beziehung soll ein bewegliches System eingeführt werden. Gegenwärtig beträgt die Kohlensteuer de facto in den meisten Revieren durchschnittlich 20 Prozent, nur in einem Revier, dessen Produkte guten Absatz finden, werden noch 26 Prozent vorgeschrieben. Ueber die endgültige Höhe der Kohlensteuer wird also das Parlament entscheiden.

Der freche Hohn der Ausbeuter. Anlässlich der Aussperrung der Holzarbeiter in Kronstadt und des Ablaufs des Vertrages in Lichtenau bei der Firma Fehr und Wolff wurde vom Sekretariat der Holzarbeiter in Mähr.-Schönberg bei dem Betriebe ein Kollektivvertrag überreicht mit dem Ersuchen, Tag, Ort und Zeit der Verhandlungen ebensolch bekannt geben zu wollen. Während sich Lichtenau in tiefes Schweigen hüllte, kam von Kronstadt nachstehende Antwort:

Kronstadt i. B., am 26. August 1922.

An den Verband der Holzarbeiter und Drechsler Mähr.-Schönberg!

Auf Ihr Schreiben vom 23. d. M. erwidern wir, daß wir, wie schon bemerkt, mit Ihnen nichts zu tun haben, und wir ersuchen, von weiteren Zuschriften an uns Abstand zu nehmen.

Fehr und Wolff, Aktiengesellschaft, Einschreiben! Unterschrift: unleserlich.

Diese Zuschrift mit ihrem beispiellos hochmütigen, frechen Ton kennzeichnet besser als alles andere den Uebermut, welchen das Unternehmertum angesichts der Notlage der Arbeiterschaft zur Schau trägt. Die genannte Firma hat es schon seit Jahren verstanden, die armen Bewohner des Adlergebirges bis aufs Blut auszusaugen. Von dieser Firma wurden für die Herstellung von 1000 Stück Streichholzschachteln sage und schreibe 55 Pfennige gezahlt, wozu freilich die verehrliche Firma hochherzig das Holz und das Papier dazu gab, während die Heimarbeiter von den 55 Pfennigen noch das Mehl für den Kleister zahlen mußten. Für diese Firma haben schon Kinder im vierten Lebensjahre in der Hausindustrie ihre Gesundheit geopfert! Und nun diese Frechheit der Ausbeuterfirma, die jeden Grad der Kultur, des Fortschrittes gleich in den ersten Anfängen mit brutaler Gewalt unterdrückt, also auch heute gleich wieder daran gehen, die ersten Ansätze der Organisation zu zertrümmern. Löhne von einer bis vier Kr. sind dort an der Tagesordnung! Trotzdem sind die Arbeiter frohen Mutes und es wäre nur zu wünschen, daß die Schiedskommission in Senftenberg endlich zusammentritt, um den Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Wozu haben wir ein statistisches Staatsamt? Die Frage ist, wie die „Narodni Listy“ richtig bemerken, in der jetzigen Zeit der unvorhergesehenen Preischwankungen umso berechtigter, als das statistische Staatsamt heute zwar darüber zu berichten weiß, wie hoch sich die Metallpreise auf den Weltbörsen in den Jahren 1910—1921 stellten, ohne aber für die Forderungen der heutigen Zeit überhaupt etwas übrig zu haben. Der Staatsbürger, der doch wissen muß, ob die Preise nach dem Stande unserer Krone auch tatsächlich hinuntergehen, hat heute dafür keinen Behelf zur Hand, denn das statistische Reichsamt, das doch dazu da sein sollte, rasch und genau alle Statistiken heranzugeben, arbeitet für das Archiv und für die kommenden Generationen. Für die jetzt lebende Bevölkerung des Staates ist diese Arbeit des statistischen Reichsamtes jedoch vollständig wertlos und es ist daher keine müßige Frage, ob wir überhaupt ein statistisches Reichsamt brauchen, das viel Geld kostet und keinen positiven Wert hat.

Herabsetzung des Bierpreises. Der Vorstand des Schutzverbandes der Bräuereien in Böhmen hat seinen Mitglieedern den Vorschlag gemacht, den Preis des Bieres um 40 Kronen pro Hektoliter zu ermäßigen und gleichzeitig die Gastwirte aufzufordern, mit dem Bierpreis um weitere 20

Kronen pro Hektoliter hinunter zu gehen, sodas das Bier um 60 Kronen pro Hektoliter billiger werden würde, was beim Kleinverkauf 30 Heller pro Liter bedeuten würde. Weiters sollen die Bräuereien nach Ausverkauf ihrer Vorräte, falls das Finanzministerium seine Erlaubnis dazu erteilt, Bier in Friedensqualität erzeugen. Beim Spezialbier soll der Preisnachschuß dann 80 Heller pro Liter betragen. Dieser Beschluß soll in Briefsamkeit treten, bis mit den Gastwirten eine Einigung erzielt werden wird. Die Verhandlungen der Bräuereien mit den Gastwirten werden aus diesem Grunde beschleunigt werden.

Stillegung von Fabriken in England — wegen des Marktsturzes. Der Marktsturz, der die deutsche Währung fast völlig entwertet und die deutsche Wirtschaft auf der ganzen Linie zu starken Einschränkungen und Ersparnissen gezwungen hat, führte in Südenland infolge des Ausbleibens deutscher Aufträge bereits zur Stillegung von Fabriken. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ erfährt, mußten z. B. in Sheffield Perlmutterfabriken ihre Betriebe einstellen, da der bisher zu etwa 85 Prozent nach Deutschland gehende Warenabsatz im Zusammenhang mit Lieferungsannullierungen Solinger Werke forsfällt. Es handelt sich in Sheffield um die Betriebe, die für Tafelgeräte usw. Perlmutterhandgriffe lieferten.

Kurse der Wäluen. Prager Kurse.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden . . .	1154.—	1154.—
100 Mark	310	337
100 Schweiz. Frank. . .	556.30	559.30
10 Lire	128.25	129.75
100 franz. Frank. . . .	232.25	231.75
1 Pfund Sterling	139.95	141.75
1 Dollar	29.30	31.—
100 belg. Frank.	219	221
100 Dinar	33.25	33.75
100 österr. Kronen	003.75	004.75
100 poln. Mark	0.39	0.40
100 maghar. Kronen	125.—	135.—

Züricher Schlusskurse (Devisen).

Basel	042.50	Paris	41.35
Wien	009.75	Warschau	22.95
Prag	18.40	Rud. wert	0.24.50
London	205.—	Madras	155.—
New York	5.29.25	Manila	0.07.50
London	23.51	Wien wert.	0.0087

Turnen und Sport.

Die Urgeschichte des Sports.

Die Griechen sind das erste große Sportvolk der Welt gewesen. Der „Agon“, der Wettkampf auf allen Gebieten, ist ein Grundzug griechischen Lebens und durchzieht die ganze hellenische Kultur. Der Kult gipfelt in großen Wettkämpfen und Wettspielen, das Drama gefäht sich in Wettreden, und alle Kunst war ein edler Wettbewerb. Der dichterische Verherrlicher dieses antiken Sports, wo er sich in seiner ursprünglichen Reinheit und Kraft entfaltet, ist Pindar, der letzte und größte Meister der altgriechischen Chorlyrik, dessen Gedichte zum Teil Siegeslieder sind, das heißt Festhorgänge zur Feier der heiligen Wettkämpfe. So vielfach auch in deutscher Sprache versucht worden ist, die Kunst Pindars und durch eine Uebersetzung nachzubringen, so ist dies doch erst jetzt Franz Dornseiff gelungen, der im Inselverlag zu Leipzig eine musterghltige Uebersetzung der Pindarischen Oden hat erscheinen lassen. In der Einleitung geht der Gelehrte auch der interessanten Frage nach, woher der Wettkampf als religiöse Feierlichkeit kommt, und erörtert damit die Urgeschichte allen Sports. Zweifellos führen die Wurzeln aller körperlichen Wettleistungen bis in die Ursprünge der menschlichen Kultur zurück. Die früheste, uns erkennbare Gestalt ist das Rechenpiel. Nicht nur in Griechenland, sondern auch in Japan, Mexiko, Irland sind in frühesten Zeiten zur Verherrlichung großer Taten sportliche Veranstaltungen durchgeführt worden. Einen wichtigen Zusammenhang mit der Gegenwart hat William Ridgway bei Ausgrabungen in Irland nachgewiesen. In der irischen Grossfisch Corb bestand noch bis vor fünfzig Jahren in einer einsamen Gegend an einem Hügel ein regelmässiger Jahrmarkt, bei dem Wettkämpfe an der Hügelsteile abgehalten wurden. Bei Ausgrabungen, die an dieser Stelle für Straßenbauten gemacht wurden, stieß man unter dem Hügel auf ein Feldgrab, ein sogenanntes Cromlech, in dem sich ein Bronzeschwert, menschliche Knochen und Grabbeigaben fanden. „Nun wurde es klar, schreibt der englische Gelehrte, warum die Wettläufe an dieser Stelle von der alten Bronzezeit sich fast bis auf die unsrige erhalten haben. Woran der alte irische Haindling sich in seinem Leben erfreut, damit wurde sein Geist im Tode geehrt. Und wenn auch die Ursache dieser Wettläufe im Laufe der Jahrtausende von der umwohnenden Bevölkerung vergessen war, so hat doch die zufällige Weganlage durch den Hügel an den Tag

gebracht, daß es gleiche Ideale, die Ausbildung eines toten Helden, waren, die auf der Grünen Insel, die auf dem Peloponnes und sonst in Griechenland und noch vielen anderen Stellen der bewohnten Erde Wettspiele hervorgerufen haben.“ Wenn auch die Deutung Ridgways, die den Ursprung des Sports in der Ehrung der Toten sucht, nicht über jeden Zweifel erhaben ist, so müssen es doch sehr urtümliche Zeremonien gewesen sein, die den Wettkampf in den Mittelpunkt des Kultus stellten. In der Zeit Pindars jedenfalls ist der Sport zu einer weichevollen und heiligen Handlung erhoben. Die jungen Söhne der reichen vornehmen Familien lassen sich bei einem Trainer ausbilden, und der Sieg bei einem der Wettspiele, die überall mit der Verehrung der Götter verbunden ist, ist das Höchste, was der antike Mensch erreichen kann.

Fußball. Sonntag spielt in Prag AC Sparta gegen Rapid-Wien am Sparta-Platz. Rapid befindet sich derzeit in hoher Form und konnte am vergangenen Sonntag Rudolfshügel in der Meister-schaft glatt mit 5-1 erledigen.

SK. Kralovo Pole gegen SK. Vorwärts Brunn. Sonntag, den 10. September 1922 hat der Sportklub Vorwärts den SK. Kralovo Pole auf seinem Sportplatz, Lange Gasse, zu Gast. Die Königsfelder Mannschaft, die eine vorzügliche Kombination und einen raschen Start auf den Ball besitzt, vermochte in der Frühjahrsaison den SK. Vorwärts zum erstenmale mit der überraschend hohen Tor-differenz von 8-1 und zum zweitenmale mit 1-0 zu schlagen und liegt es an Vorwärts, welcher durch stetiges Trainieren sich jetzt in guter Form befindet, diese Niederlagen auszuwechen.

Schwimmen. Ein neuer Damen-Weltrekord über 440 Yards. Gertrude Eberle, ein 15jähriges Mädchen, stellte Samstag in New-Brunswick (New Jersey) bei einer offenen Konkurrenz mit 6 Min. 1/5 Sek. einen neuen Weltrekord über 440 Yards auf.

Die Radweltmeisterschaften. Die in Liverpool wegen schlechten Wetters abgebrochenen Radweltmeisterschaften sollen jetzt auf der Pariser Pringenparkbahn zu Ende gefahren werden. Für die kurze Strecke haben sich Kaufmann (Schweiz), Moeslops (Holland), van Bever (Belgien), Spears (Australien), für 100 Kilometer B. Suter (Schweiz), Leon Vandermast (Belgien) und Janay (Frankreich) qualifiziert.

Preisfrage

Welche Vorteile bietet das Tragen von Berson-Gummi-Absätzen und Berson-Gummi-Sohlen?

Für die beste Beantwortung dieser Frage haben wir nachstehende Preise ausgesetzt:

1. Preis Kc 1500.—	3. Preis Kc 500.—
2. „ „ 1000.—	40 Preise à „ 50.—

Beantwortungen sind mit Angabe des Namens und der Adresse des Absenders bis 15. Oktober l. J. an die Berson-Kautschuk-Gesellschaft m. b. H., Prag II, Soukenická ul. II, Abteilung Preisauschreiben einzusenden.

Die Verteilung der Preise erfolgt durch eine Jury von Redakteuren-Fachleuten. Die Namen der Preisrüger werden in den Tageszeitungen veröffentlicht.

BERSON KAUTSCHUK GESELLSCHAFT M. B. H. PRAG, II. SOUKENICKÁ ULICE II.

Kunst und Wissen. Neues Theater. Heute, den 8.: „Wertwolf“, Samstag, den 9.: „Der Troubadour“, Sonntag, den 10.: nachmittags „Und Pippa tanzt“, abend „Bajadere“, Montag, den 11.: „Bajadere“.

Kleine Bühne. Heute, den 8.: „Morphium“, Samstag, den 9.: „Candiba“, Sonntag, den 10.: „Am Teetisch“.

Bereinsnachrichten.

Der Zentralverband der Handels- und Industrie-Angestellten in Prag („Zvaz“) veranstaltet Kurse in der tschechischen, deutschen, französischen, russischen und englischen Sprache und Kurse für Buchführung und Stenographie. Beginn am 1. Oktober d. J. Informationen und Anmeldungen im Zentral-Sekretariat, Hibernergasse 7.

LIDO-B.O Programm vom 8. bis 14. September.

Ginette die Waise. Roman in 5 Episoden von Louis Feuillade I. EPOCHE. In der Hauptrolle Biscott und Sandra Milovanova.

Piering-Seni u. Essig ist das Beste!

Bereitet den „Sozialdemokrat“. Herausgeber: Dr. Ludwig Tschögl und Karl Cermak. Truch: Deutsche Zeitungs-Aktien-Gesellschaft Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Sirauf. Für den Druck verantwortlich: O. Soltz.

WARENHAUS PRAG II., HYBERNSKÁ UL. 7. hat Stoffe, Manufakturwaren, Wäsche, Gummiartikel, Kravatten, Schuhe und alle sonstigen einschlägigen Artikel in unerreicht billigen Preisen!

Alle Vorkauforganisationen, Bezirksorganisationen, Kreisorganisationen, Gewerkschaftsorganisationen, Buchhandlungen, Schriftverteilungen und alle Verwaltungen der Parteiblätter, Kolporteurs und Parteigenossen sollen den Vertrieb des

Zetfchner Parteitagprotokolls 1921 organisieren, die Einzelbestellungen sammeln und sobald die Gesamtsbestellungen richten an das Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Tephis-Schönan, Seilerstraße 1. Das Protokoll kostet im Einzelverkauf 25 Kronen, bei Bezug bis zu zehn Stück 24 Kronen, bei Bezug von elf bis fünfzig Stück 22 Kronen 50 Heller, bei Bezug von über fünfzig Stück 20 Kronen (einschließlich Porto).

Das Beste für Ihre Augen liefert OPTIKER DEUTSCH, Prag, Graben 2, Kleiner Bazar.

Sozialistische Theater-Stücke und Vortragsbücher für Vereine senden wir in großer Auswahl auf Wunsch zur Ansicht. Buchhandlung Freiheit, Tephis-Schönan, Theresien-gasse 18.

„Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Prag II., Hybernská 7. Genossen unterstützt das genossensch. Unternehmen! Vorrätig: Mittags- u. Abendessen und Getränke. Täglich Konzert.

Wo verkehren wir? Café Continental, Prag-Graben. Restaurant Goldenes Kreuzel, Prag-Relazanka. Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smečty 22 (Urania). Bei Veranstaltungen wird für beste und billigste Bedienung geforgt.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Inh.: Schmerzenreich & Bunzl. Alle in- und ausländischen Zeitungen erhältlich. Vortreffliche Bedienung. — Unser Stammlokal.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ 577

Das Beste für Ihre Augen liefert OPTIKER DEUTSCH, Prag, Graben 2, Kleiner Bazar.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ 577